

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Allmählicher Umbau bei nach wie vor deutlichen nationalen Unterschieden	1
Informelle Kontakte für Zugang zu Jobs wichtiger als Arbeitsvermittlung	6
Ankündigung: Datenreport 2002	10
Weiter deutliche Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost und West trotz Annäherung in manchen Bereichen	11
Social Indicators – The EU and Social Inclusion Ein Buchhinweis	14
Die Sektion Sozialindikatoren auf dem 31. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie	16

Allmählicher Umbau bei nach wie vor deutlichen nationalen Unterschieden

Analysen zu jüngsten Wandlungstendenzen in westlichen Wohlfahrtsstaaten

Beobachter der Sozialpolitik sind sich weitgehend einig darüber, dass die europäischen Sozialstaaten mit einer Reihe von neuen Problemen fertig werden müssen. Bei unterschiedlicher Akzentuierung des genauen Reformbedarfs und der genau einzuschlagenden Reformrichtung besteht jenseits politischer Lagerbildungen doch weitgehender Konsens bezüglich der folgenden Punkte: (1) Der Übergang von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft bringt neue und veränderte Bedarfslagen mit sich, so dass eine Neuausrichtung des Sozialstaats weg von der Konzentration auf inzwischen recht gut gelöste Probleme und hin zur Inangriffnahme neuer ungelöster Probleme erforderlich ist. Zu dieser Neuorientierung gehört eine Umschichtung von Renten zu Kinder-/Familienleistungen, insbesondere die Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, welche den Familien die Bewältigung der Doppelaufgabe von Berufstätigkeit und Kindererziehung erleichtert; darüber hinaus zählt dazu innerhalb der Zielgruppe der Altenbevölkerung eine Umschichtung von Rentenzahlungen auf Pflegeleistungen sowie generell eine Umschichtung von Transferzahlungen zu Dienstleistungen und von passiver sozialer Sicherung zu aktivierenden Bildungsmaßnahmen als Zukunftsinvestition. (2) Die Finanzierungsbasis des Sozialstaats muss durch eine breitere Streuung der Kosten erweitert werden, so dass der Faktor Arbeit entlastet und seine sinkende wirtschaftliche Bedeutung kompensiert wird. Da sich die Relation zwischen Erwerbstätigen und Abhängigen in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten krass verschlechtern wird, sind große gemeinsame Anstrengungen erforderlich, um den Anteil erwerbstätiger Personen so zu erhöhen, dass auch künftig auskömmliche Altersrenten bei erträglicher Beitragsbelastung gesichert werden. (3) Der ethnischen und kulturellen Heterogenisierung der Gesellschaften muss Rechnung getragen werden, denn sie impliziert wohl, dass bedingungslos gewährte universelle Sozialleistungen mit Grundsicherungscharakter künftig auf erhöhte Legitimierungsprobleme stoßen werden. Im Folgenden soll kurz skizziert werden, inwiefern sich dieser Anpassungsbedarf bereits in beobachtbaren Veränderungen der westeuropäischen Sozialstaaten niedergeschlagen hat¹.

Auf der Ausgabenseite Wendepunkt der Sozialstaatsentwicklung in den neunziger Jahren

In den neunziger Jahren ist das Wachstum des Sozialstaats in praktisch allen OECD-Ländern zum Ende gekommen. Diverse Schlüsselindikatoren wie etwa Ausgabenquoten der öffentlichen Hand oder die Quote der öffentlichen Beschäftigung zeigen, dass der Höhepunkt der Entwicklung meist im Zeitraum

1992-94 erreicht wurde (Tabelle 1). Danach folgte ein Rückgang, der im Durchschnitt der EU-Staaten unter 10 Prozent blieb und auch in überseeischen OECD-Mitgliedsländern nur selten darüber hinausging. In Europa vollzogen Finnland, Irland, Großbritannien, die Niederlande und Schweden die deutlichste Trendwende, während sich unter den überseeischen Ländern vor allem Kanada durch die Radikalität des Trendbruchs auszeichnete. Weitgehend ungebrochen wuchs der Sozialstaat hingegen in traditionellen Nachzüglerländern,

wozu neben Japan auch Griechenland, Portugal und die Schweiz zählen. Insofern stand die jüngste Zeit eher im Zeichen einer Aufholjagd der Nachzüglerländer als eines Wettlaufs nach unten. Deutschland fällt im internationalen Vergleich zwar kaum durch Besonderheiten auf, aber das Ausmaß der Trendwende blieb bei allen Indikatoren unter dem Durchschnitt der EU-Länder.

Die hier berücksichtigten Indikatoren wohlfahrtsstaatlicher Aktivität waren auch am Ausgang des 20. Jahrhunderts noch auf einem Niveau, das vor dem Ende der achtziger Jahre niemals erreicht worden war und das zuletzt in etwa bei 90 Prozent des historischen Spitzenwerts lag. Nur in Einzelfällen kam es zu deutlicheren Trendwenden². Die *Staatsausgabenquote* schrumpfte in 10 von 21 betrachteten OECD-Ländern um mehr als zehn Prozent im Vergleich

zum nationalen Spitzenwert, in drei Ländern – Finnland, Irland, Niederlande – sogar um mehr als 20 Prozent. Die *Quote der öffentlichen Beschäftigung* schraubten acht Länder im Vergleich zum nationalen Höhepunkt um mehr als 10 Prozent zurück. In Großbritannien, den Niederlanden, Australien und Neuseeland betrug der Rückgang sogar über 20 Prozent. Die *Sozialausgabenquote* schrumpfte innerhalb der Europäischen Union zwar durchschnittlich um weniger als vier Prozent, aber fünf Länder zeigten einen Rückgang von über 10 Prozent. Die *Transferquote* reduzierten Irland und die Niederlande um rund die Hälfte, während acht weitere Länder, darunter am auffallendsten Finnland, Zurückstutzungen um mehr als 10 Prozent verzeichneten. Die *Quote des Staatsverbrauchs* sank im Allgemeinen weniger stark als die Transferquote. Hier verzeichneten sechs Länder eine Reduzierung von mehr als 10 Prozent,

die in Irland und Kanada sogar über 20 Prozent hinausging.

Bei allgemeinem Trend zu leichten Kürzungen bleibt das Ausmaß nationaler Unterschiede beeindruckend. Allerdings sind die groben Aggregatdaten oft nur sehr beschränkt vergleichbar. Eine Arbeitsgruppe der OECD hat kürzlich darauf aufmerksam gemacht, dass die üblichen Maße der Höhe der Sozialausgaben weder die vor allem in überseeischen Ländern bedeutenden steuerlichen Vergünstigungen erfassen, noch berücksichtigen, in welchem Umfang Sozialleistungen ihrerseits der Steuerpflicht unterworfen sind. Erfasst man neben den Bruttozahlungen des Sozialstaats auch die Steuerzahlungen und steuerlichen Vergünstigungen sowie die zwar privat erbrachten, aber entweder gesetzlich vorgeschriebenen oder staatlich subventionierten Sozialleistungen –

Tabelle 1: Höhe- und Endpunkte der Sozialstaatsentwicklung bis 1998/99¹

Land	Staatsausgabenquote (in % BIP)		Öffentliche Beschäftigung (in % aller Besch.)		Sozialausgabenquote EU (in % BIP)		Transferquote (in % BIP)		Staatsverbrauchsquote OECD (in % BIP)	
	Höhepunkt 1998/99	Endpunkt 1998/99	Höhepunkt 1999	Endpunkt 1999	Höhepunkt 1998	Endpunkt 1998	Höhepunkt 1999	Endpunkt 1999	Höhepunkt 1999	Endpunkt 1999
EU 15	1993 (51,9)	91,1 (47,3)	–	–	1993 (28,9)	95,8 (27,7)	1993 (18,3)	91,8 (16,8)	1993 (21,2)	93,9 (19,9)
A	1995 (55,5)	91,7 (50,9)	1996 (22,6)	98,2 (22,2)	1994 (29,8)	95,3 (28,4)	1994 (19,6)	94,9 (18,6)	1994 (20,5)	96,6 (19,8)
B	1993 (56,3)	89,7 (50,5)	1986 (20,8)	88,5 (18,4)	1993 (29,5)	93,2 (27,5)	1993 (17,1)	91,8 (15,7)	1996 (21,8)	98,2 (21,4)
D	1996 (49,1)	96,9 (47,6)	1992 (16,1)	93,8 (15,1)	1996 (30,0)	97,7 (29,3)	1996 (19,3)	97,9 (18,9)	1993 (19,9)	95,5 (19,0)
F	1993 (54,0)	96,5 (52,1)	1994 (24,6)	98,4 (24,2)	1996 (31,0)	98,4 (30,5)	1997 (18,8)	97,9 (18,4)	1993 (24,5)	96,7 (23,7)
GR	1995 (54,7)	95,1 (52,0)	1991 (12,8)	96,1 (12,3)	1998 (24,5)	100 (24,5)	1999 (15,8)	100 (15,8)	1995 (15,3)	98,0 (15,0)
I	1993 (57,7)	83,9 (48,4)	1994 (17,9)	96,6 (17,3)	1993 (26,2)	96,2 (25,2)	1993 (19,5)	89,2 (17,4)	1991 (20,3)	89,2 (18,1)
P	1993 (45,3)	94,5 (42,8)	1997 (18,9)	99,5 (18,8)	1998 (23,4)	100 (23,4)	1993 (13,9)	84,9 (11,8)	1999 (20,0)	100 (20,0)
E	1993 (48,8)	91,4 ² (44,6)	1995 (15,5)	94,2 (14,6)	1993 (24,7)	87,4 (21,6)	1993 (18,4)	93,5 ² (17,2)	1993 (19,0)	91,1 (17,3)
IRL	1988 (47,1)	70,1 (33,0)	1986 (18,7)	83,4 (15,6)	1985 (22,9) ³	66,8 (15,3)	1998 (16,1)	59,6 (9,6)	1974 (18,3)	76,5 (14,0)
NL	1988 (60,5)	75,7 (45,8)	1983 (14,9)	73,8 (11,0)	1993 (33,5)	85,1 (28,5)	1993 (26,6)	47,4 (12,6)	1993 (24,8)	93,5 (23,2)
UK	1974/93 (45,5)	85,9 (39,1)	1983 (22,3)	60,5 (13,5)	1993 (29,1)	92,1 (26,8)	1993 (16,0)	84,4 (13,5)	1992 (21,2)	86,8 (18,4)
DK	1993 (60,6)	89,8 (54,4)	1983 (31,4)	96,5 (30,3)	1994 (32,9)	91,2 (30,0)	1994 (21,2)	83,5 (17,7)	1993 (26,8)	95,9 (25,7)
FIN	1993 (61,6)	79,9 (49,2)	1994 (23,8)	96,6 (23,0)	1993 (34,6)	78,6 (27,2)	1993 (24,0)	74,6 (17,9)	1992 (25,4)	84,6 (21,5)
S	1993 (69,8)	82,7 (57,7)	1993 (33,4)	93,7 (31,3)	1993 (38,6)	86,3 (33,3)	1992 (23,4)	80,8 (18,9)	1993 (28,4)	94,7 (26,9)
N	1992 (53,6)	89,0 (47,7)	1993 (31,5)	96,5 (30,4)	1992 (28,6)	97,6 (27,9)	1992 (17,1)	90,6 (15,5)	1992 (22,1)	95,9 (21,2)
CH	1998 (37,7)	100 (37,7)	1994 (14,1)	97,9 (13,8)	1997 (27,9)	100 (27,9)	1988 (13,8)	86,2 ⁴ (11,9)	1992 (14,8)	91,9 (13,6)

Anmerkungen: (1) Genannt wird der Zeitpunkt, zu dem der Indikator seinen Spitzenwert erreichte (in Klammern das Niveau zu diesem Zeitpunkt) sowie der zuletzt erreichte Wert als Prozentsatz des Spitzenwertes (in Klammern das zuletzt erreichte Niveau). (2) 1996. (3) Sozialleistungen. (4) 1998.

Datenquellen: (1) Staatsausgaben-, Transfer-, Staatsverbrauchsquote: OECD (2001). (2) Öffentliche Beschäftigung: OECD Economic Outlook Data Base. (3) Sozialausgabenquote: Europäische Kommission (2000b).

**Tabelle 2: Finanzierungsstruktur des Sozialstaats in Europa, 1990 und 1998
(in Prozent aller Sozialstaatsausgaben)**

Land	Allgemeine Steuern			Lohnabgaben/Sozialbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer		
	1990	1998	Veränderung	1990	1998	Veränderung
EU 15	33,0 ¹	35,4	+2,4	63,0 ¹	60,9	-2,1
EUR 12	25,1	31,2	+6,1	70,7	64,5	-6,2
A	35,9	34,5	-1,4	63,2	64,6	+1,4
B	23,8	24,4	+0,6	67,0	73,0	+6,0
D	25,2	30,9	+5,7	72,1	66,1	-6,1
F	16,7	30,7	+14,0	80,8	66,4	-14,4
GR	33,0	29,2	-3,8	59,0	61,7	+2,7
I	29,0	38,3	+9,3	67,9	59,5	-8,4
P	33,8	42,6	+8,8	57,0	47,3	-9,7
E	26,2	27,2	+1,0	71,3	69,7	-1,6
IRL	58,9	61,3	+2,4	40,1	37,5	-2,6
NL	25,0	15,7	-9,3	59,1	64,4	+5,3
UK	42,4	47,9	+5,5	55,2	51,4	-3,8
DK	80,1	67,2	-12,9	13,1	26,6	+13,5
FIN	40,6	43,1	+2,5	52,1	50,0	-2,1
S	50,7	45,8	-4,9	40,7 ¹	48,4	+9,3
N	63,0	60,7	-2,3	36,4	38,3	+1,9
CH	19,2	19,4	+0,2	62,7	59,2	-3,5

(1) 1993

Quelle: Europäische Kommission (2000b)

wie z.B. betriebliche Renten oder subventionierte Lebensversicherungen – so gleichen sich die Ausgabenniveaus europäischer und überseeischer Länder stark an. Während sich z.B. die dänische Sozialausgabenquote von brutto 38% auf netto 24% reduziert, steigt die der USA von 17% brutto auf das gleiche Nettoniveau wie in Dänemark. Die Variationsbreite zwischen diversen OECD-Ländern schrumpft mit dieser Korrektur beträchtlich (vgl. Kemmerling 2001)³.

Auf der Finanzierungsseite allmählicher Übergang von Sozialbeiträgen zu Steuern

Aggregatdaten wie die Sozialausgabenquote lassen stets die Frage offen, ob die Daten primär institutionelle Gegebenheiten wie etwa unterschiedliche Leistungsniveaus oder Deckungsgrade der Systeme sozialer Sicherung zum Ausdruck bringen oder lediglich unterschiedliche sozialstrukturelle Faktoren wie z.B. den Umfang der Altenbevölkerung oder der Arbeitslosigkeit reflektieren. Deshalb wäre auch zu

klären, inwiefern die institutionellen Veränderungen den oben geschilderten Forderungen zur Anpassung der Sozialpolitik an veränderte Rahmenbedingungen entsprechen. Eine komparative Analyse der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist hier nicht möglich (für eine grobe Synopse institutioneller Veränderungen vgl. Europäische Kommission 2000a). Zur Kurzcharakteristik der wichtigsten Trends können aber einige quantitative Informationen der Europäischen Unionsstatistik herangezogen werden, die zumindest *Strukturveränderungen* der Sozialfinanzen erfassen.

Veränderungen der *Finanzierungsweise* des Sozialstaats lassen sich anhand von Daten zur Einnahmenstruktur ablesen (Tabelle 2). Hier hat, entsprechend vielfachen Forderungen, eine zumindest moderate Verlagerung von auf Lohnarbeit lastenden Sozialbeiträgen zu allgemeinen Steuern stattgefunden, die sämtliche Einkommensformen erfassen und auch Freibetragsregeln für untere Einkommensschichten kennen. Im EU-Durchschnitt ging der Anteil der aus Sozialbeiträgen stammenden Einnahmen zwischen 1990 und 1998 um gut zwei Prozentpunkte zurück, während die Steuerfinanzierung um die gleiche Marge zunahm. Sechs EU-Länder sowie Norwegen haben allerdings den Anteil der Sozialbeiträge in den neunziger Jahren noch erhöht. Allmähliche Konvergenzprozesse zeigen sich insofern, als vor allem die traditionell auf Sozialbeiträge setzenden kontinentaleuropäischen Länder den Steueranteil erhöht haben, während umgekehrt die traditionell von Steuerzahlungen dominierten skandinavischen Sozialstaaten mit Ausnahme Finnlands jüngst das Beitragelement stärkten. Im Durchschnitt senkten die vier kontinentaleuropäischen Kernländer (Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich) den Anteil der

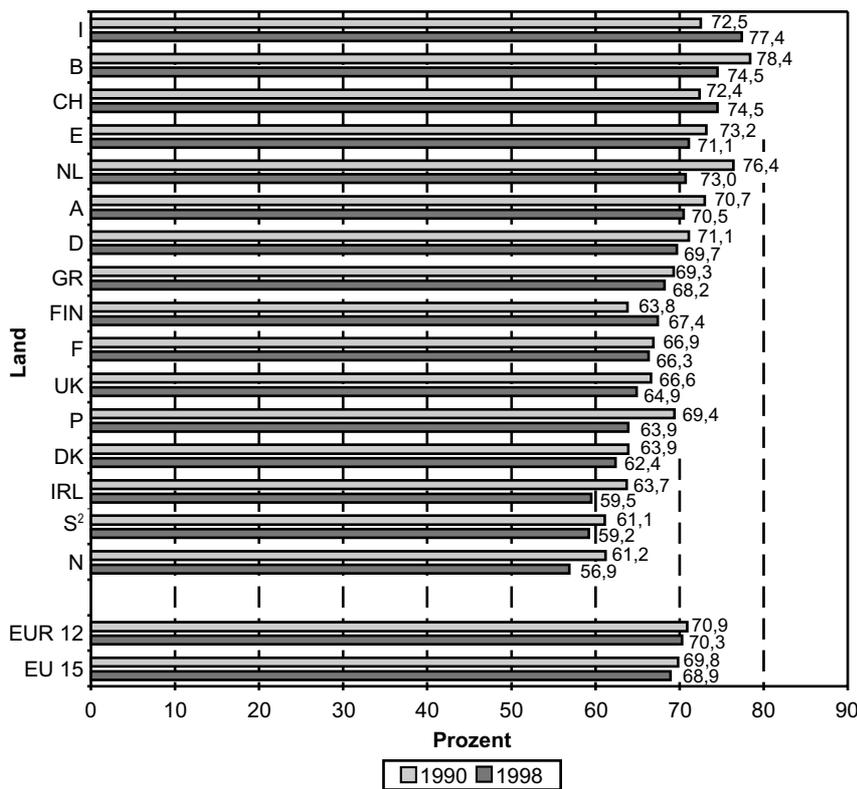
**Tabelle 3: Ausgaben für Sozialleistungen in ausgewählten Bereichen als Anteile an allen Ausgaben für Sozialleistungen 1990 und 1998
(in Prozent aller Ausgaben für Sozialleistungen)**

Land	Gesundheit		Invaliditätsrenten		Altersrenten		Hinterbliebenenrenten		Familie/Kinder		Arbeitslosigkeit	
	1990	1998	1990	1998	1990	1998	1990	1998	1990	1998	1990	1998
EU 15 ¹	27,2	26,8	8,1	8,3	38,6	40,6	5,2	5,1	7,4	8,3	9,5	7,2
EUR 12	29,0	27,4	7,7	7,4	40,2	41,0	6,4	5,6	7,2	8,0	7,0	7,7
A	26,0	26,2	7,0	8,6	38,5	37,9	11,6	10,3	10,5	10,0	4,6	5,5
B	26,2	24,5	7,4	8,8	30,1	31,6	11,6	11,2	9,2	8,5	13,4	12,7
D	31,8	28,1	6,3	7,9	43,5	40,4	2,5	1,9	7,6	10,1	6,0	8,7
F	29,4	29,2	6,1	4,9	35,9	37,9	6,8	6,1	9,3	9,8	8,3	7,6
GR	24,8	24,1	8,5	6,2	42,5	43,9	9,2	8,7	7,5	8,1	4,1	4,8
I	26,0	23,4	7,7	6,2	48,9	53,3	10,7	10,7	4,9	3,6	1,7	2,7
P	30,6	33,2	16,8	12,6	34,4	35,5	7,5	7,2	7,0	5,3	3,4	4,7
E	28,8	29,2	7,7	8,1	38,3	41,9	4,6	4,3	1,7	2,1	18,0	13,5
IRL	33,5	36,6	4,5	4,8	23,3	19,0	6,7	6,0	11,2	12,7	15,8	15,5
NL	28,3	28,5	16,5	11,8	32,0	35,8	5,4	5,3	5,6	4,5	8,3	7,3
UK	24,4	25,2	9,1	11,6	41,1	39,9	4,1	3,9	9,0	8,6	5,7	3,6
DK	20,1	19,3	10,0	11,6	36,6	38,3	0,1	0,1	11,9	13,0	15,4	11,7
FIN	28,5	22,7	15,5	14,4	29,6	30,5	4,2	4,0	13,5	12,8	6,1	12,0
S	22,8	23,4	10,6	11,6	34,1	37,2	2,2	2,3	12,1	10,8	11,7	9,3
N	29,0	32,4	14,7	15,5	32,7	31,2	1,7	1,4	10,8	13,3	6,9	2,9
CH	27,7	23,8	10,2	12,1	45,9	44,1	6,2	5,7	6,4	5,3	0,8	6,6

(1) 1993 und 1998

Datenquelle: Europäische Kommission (2000b), eigene Berechnungen

Graphik 1: Verteilung der Sozialleistungen auf Geld- und Sachleistungen in Europa: Anteil der Geldleistungen in Prozent¹



(1) Der Anteil der Sachleistungen ergibt sich aus der Differenz der angegebenen Werte zu 100.

(2) 1993

Datenquelle: Europäische Kommission (2000b), eigene Berechnungen.

Sozialbeiträge von 71% auf 67,5%, während die skandinavischen Länder ihn von 36% auf 41% erhöhten.

Nur geringe Umstrukturierungen auf der Leistungsseite

Die angestrebte *Umstrukturierung* von überversorgten zu unterversorgten Bereichen sowie von Barzahlungen zu Sachleistungen beginnt sich nur höchst zögerlich in den Aggregatdaten niederzuschlagen. Im EU-Durchschnitt ist der Anteil der für *Renten* verwendeten Sozialleistungen im Verlauf der neunziger Jahre sogar noch leicht angestiegen (Tabelle 3). Allerdings konnten 9 von 16 Ländern – einschließlich Norwegens und der Schweiz – den Anteil zurückführen. Die Spannweite der von den Rentensystemen (Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsrenten) beanspruchten Ausgabenanteile reichte zuletzt von 30% in Irland bis zu 70% in Italien. Während die Rentenzahlungen in den skandinavischen und südeuropäischen Ländern jüngst an Gewicht gewannen, blieb ihr Anteil in den kontinentaleuropäischen Ländern konstant. Der Anteil der *Altersrenten* ist in den kontinentaleuropäischen Ländern kaum höher als in Skandinavien, aber in Südeuropa und hier vor allem in Italien auffallend hoch. Die skandinavischen Länder widmen den Invaliditätsleistungen auffallend hohe Anteile, während in den kontinentaleuropäischen Ländern die Hinterbliebenenleistungen ein herausragendes Gewicht erlangen. In der Summe aller Rentenleistungen er-

geben sich zwischen beiden Ländergruppen mit Anteilen von 52% bzw. 50% kaum mehr Unterschiede. Sehr viel stärker rentenlastig sind hingegen die südeuropäischen Länder mit einem Anteil von 60%.

Wenig geschrumpft sind die Unterschiede im Gewicht der Leistungen für *Familien und Kinder*. Zu Beginn der neunziger Jahre hatten die skandinavischen Länder hierfür 12%, die kontinentaleuropäischen 9% ihres Sozialetat auszugeben, während am Ende der Dekade Erstere 12,5%, Letztere knapp 10% für die Familienpolitik aufwandten⁴. In der Hälfte der hier betrachteten Länder ging das Gewicht der familienpolitischen Ausgaben in den neunziger Jahren zurück. Besonders fällt der niedrige Ausgabenanteil von durchschnittlich nur 5% in Südeuropa auf. Auch hier weicht also besonders das südeuropäische Sozialpolitikmuster deutlich vom skandinavischen ab und sollte nicht mit dem der kontinentaleuropäischen Nachbarn vermengt werden. Der Anteil der *Gesundheitsleistungen* ist im EU-Durchschnitt praktisch konstant geblieben. Während ihn neben Deutschland sechs weitere Länder mehr oder minder deutlich zurückschrauben konnten, ist er in sechs anderen Ländern z.T. deutlich gestiegen und in dreien praktisch konstant geblieben. Zusammenfassend lässt sich schließen, dass die funktionale Aufteilung der Sozialleistungen bislang kaum Hinweise auf einen deutlichen Umbau des Sozialstaats in Richtung neuer Prioritätensetzungen ergibt.

Das Bild weitgehender Kontinuität bestätigt sich auch bei einer Betrachtung der Aufteilung der Leistungen auf *Geld- und Sachleistungen* (Graphik 1). Im EU-Durchschnitt hat sich das Gewicht der Geldleistungen in den neunziger Jahren um nur einen Prozentpunkt reduziert. Die Sachleistungen beanspruchen nun 30%, die Transferzahlungen 70% der Leistungen. Vom allgemeinen Trend zu einer etwas stärkeren Akzentuierung der Sachleistungen weichen mit Finnland, Italien und der Schweiz drei Länder ab. Auch hier sind sich die kontinentaleuropäischen und die skandinavischen Länder ein wenig ähnlicher geworden. Setzte Skandinavien von jeher in stärkerem Maße auf Dienst- und Sachleistungen, so ist das Gewicht der Geldzahlungen in Mitteleuropa jüngst etwas stärker geschrumpft, so dass der Unterschied zu dem immer noch deutlich hervorstechenden skandinavischen Modell etwas geringer wurde.

Nur begrenzten Niederschlag in den Daten findet die gelegentlich zu hörende Empfehlung, im Interesse der Effizienz- und Legitimitätssteigerung in zunehmend heterogenen Gesellschaften von universellen Leistungen auf stärker selektive Leistungen für bedürftige Gruppen umzuschichten (Graphik 2). Im Schnitt haben *bedarfsgeprüfte Leistungen* ihren Anteil am Sozialbudget in den neunziger Jahren nur um einen Prozentpunkt auf zuletzt 10% erhöht. Vier Länder verzeichneten sogar rückläufige Anteile⁵. Die Spannweite des Anteils bedarfsgeprüfter Leistungen reicht nun von 3% in Dänemark bis 32% in Irland. Ausnahmsweise sind hier die südeuropäischen Länder den skandinavischen Staaten ähnlicher als die kontinentaleuropäischen, unter denen Belgien und Österreich besonders niedrige Anteile bedarfsgeprüfter Leistungen verzeichnen.

Leichte Privatisierungstendenzen

Zu einer umfangreichen *Privatisierung* sozialpolitischer Aufgaben ist es zwar bislang noch nicht gekommen, aber dennoch lassen sich insbesondere im Gesundheits- und im Rentenbereich sowie auch in der Verteilung administrativer Kompetenzen einige Privatisierungstendenzen beobachten. Im *Gesundheitsbereich* lässt sich das anhand des von der OECD berichteten Anteils öffentlicher Ausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben ablesen (OECD 1999: 50). Er lag 1996 in 17 von 21 OECD-Ländern deutlich niedriger als in früheren Jahren. In vier Ländern – Italien, Niederlande, Neuseeland und Schweden – ging die Schrumpfung sogar über 10 Prozentpunkte im Vergleich zum Höchststand hinaus. Nur vier der 21 Länder berichteten 1996 einen höheren Anteil öffentlicher Ausgaben als in früheren Jahren (Frankreich, Griechenland, Schweiz, USA). In der Regel erreichte der öffentliche Anteil seinen Höhepunkt zwischen 1980 und 1990, zuweilen sogar schon früher. Das Zurückschrauben der finanziellen Verantwortung des Staates war von einem Vordringen der Organisationsform des nationalen Gesundheitsdienstes begleitet, die neben Großbritannien und Irland sowie den skandinavischen Staaten nun auch sämtliche südeuropäischen Län-

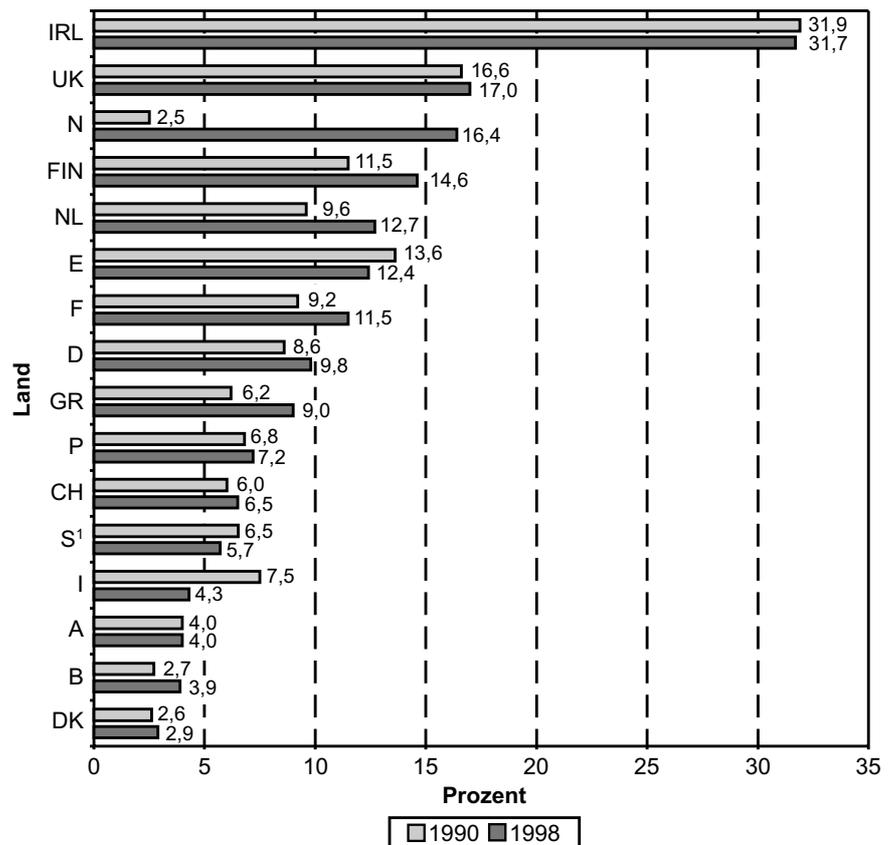
der eingeführt haben. Nur noch die kontinentaleuropäischen Länder halten hier am Bismarckschen Prinzip der Sozialversicherung fest, und insofern lässt sich von einer allmählichen Konvergenz zum Beveridge-Modell der Grundversicherung in nationalen Gesundheitsdiensten sprechen.

Die *Rentenpolitik* steht seit längerem im Zeichen des Bemühens, die öffentlichen Kassen zu entlasten, der staatlichen Säule eine betriebliche und private zur Seite zu stellen und vom reinen Umlageverfahren auf eine Portfoliolösung zu wechseln, die Raum für kapitalgedeckte private Sicherungsformen lässt. Der Anteil der Rentnerhaushalte, die über die staatliche Rente hinaus auch Einkommen aus privaten Formen der Alterssicherung haben, ist in OECD-Ländern seit den achtziger Jahren deutlich gestiegen. Unter 12 Ländern der Luxembourg Income Study (LIS) verzeichneten nur Finnland und die USA jüngst einen sinkenden Anteil. In sechs Ländern – Finnland, Norwegen, Schweden, Großbritannien, Niederlande und Kanada – verfügte mehr als die Hälfte aller Rentnerhaushalte über Einkommen aus nicht-staatlichen Renten. Anteile unter 30% verzeichneten neben Deutschland auch Australien, Belgien, Dänemark und Italien (Behrendt 2000: 10). In der Regel sind private Rentenverträge dort verbreiteter, wo das öffentliche System der Alterssicherung weniger einkommensbezogen ist, bzw. stärker auf Grundrenten abzielt (Korpi/Palme 1998). Anders als im Gesundheitswesen zeigt sich in den staatlichen Rentensystemen jüngst eher eine Konvergenz zum Äquivalenzprinzip des Bismarckschen Sozialversicherungstyps, denn Länder, die traditionell auf Grundrenten oder sozialen Ausgleich setzten – wie etwa Schweden – haben den Rentenanspruch nun stärker an die Erwerbsbiographie gekoppelt (so ferner auch Frankreich, Italien, Österreich und Spanien).

Suche nach dem Dritten Weg mit „flexicurity“ als neuem Leitbild

Auch unter Anhängern der europäischen Sozialdemokratie gewinnt in jüngster Zeit die Vorstellung an Boden, das tradierte europäische Sozialmodell der Verknüpfung eines hohen Niveaus der sozialen Sicherung mit ausgedehntem Beschäftigungsschutz sei im globalen Konkurrenzkampf der Systeme nicht mehr wettbewerbsfähig. Gefordert wird daher ein flexibleres Modell, das zwar am Gedanken der solidarischen sozialen Sicherung festhält, aber mit der Betonung von Eigenverantwortung und der verbindlichen Übernahme sozialer Pflichten die mit Umverteilungsprogrammen häufig verbundenen „moral hazards“ vermeidet. Zur Kennzeichnung entsprechender Konzepte hat sich inzwischen das Kürzel „flexicurity“ eingebürgert (vgl. z.B. Kvist 2001). Damit ist die vor allem schon in Dänemark praktizierte Politik gemeint, einen lockeren Kündigungsschutz, flexible arbeitsrechtliche Regulierungen und ein starkes Drängen auf die Aufnahme von Arbeit mit

Graphik 2: Der Anteil bedarfsgeprüfter Leistungen an allen Sozialleistungen in Europa (in Prozent)



(1) 1993.

Datenquelle: Europäische Kommission (2000b), eigene Berechnungen.

großzügigen und an niedrige Zugangsvoraussetzungen geknüpften Unterstützungssätzen der Arbeitslosenversicherung und anderer sozialer Sicherungssysteme zu verbinden.

In der Verknüpfung eines hohen Niveaus sozialer Sicherung mit einer aktivierenden Beschäftigungspolitik und der Lockerung arbeitsrechtlicher Regulierungen manifestiert sich die Suche nach einem neuen „Dritten Weg“ zwischen liberaler angelsächsischer und sozialdemokratischer europäischer Arbeits- und Sozialpolitik. Der „Dritte Weg“ hat mit der nachhaltigen Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme und Eigenverantwortung zwar auch deutlich disziplinierende und repressive Elemente, verfolgt aber über den Abbau staatlicher Verpflichtungen hinaus auch das Ziel, dauerhafte Exklusion und die Formierung einer Unterklasse durch die möglichst breite Integration Geringqualifizierter in den Arbeitsmarkt zu verhindern. Die Entbindung des Staates von der Verpflichtung auf das Gleichheitsziel und seine Beschränkung auf das Ziel der Sicherung gleicher Chancen stellt möglicherweise eine angemessene Reaktion auf die Heterogenisierung der europäischen Gesellschaften dar, die sich als Einwanderungsgesellschaften nun auf unterschiedliche Grade der Leistungsmotivation und Eigenverantwortung in verschiedenen Bevölkerungskreisen einstellen müssen.

- 1 Für eine ausführlichere Darstellung siehe Alber (2002).
- 2 Dabei bleibt allerdings offen, in welchem Umfang Trendbrüche auf Veränderungen der im Zähler erfassten öffentlichen Zahlungen oder auf Variationen des im Nenner erfassten Bruttoinlandsprodukts zurückgehen.
- 3 Der Variationskoeffizient sinkt für 13 erfasste Länder von 24% auf 11%, während der Mittelwert von 28% auf 24% schrumpft.
- 4 Zu beachten ist dabei die unterschiedliche Struktur der familienpolitischen Leistungen. Skandinavische Länder wie Schweden geben einen höheren Anteil für soziale Dienste aus als die stärker auf Transferzahlungen setzenden kontinentaleuropäischen Länder wie Deutschland.
- 5 Zu erinnern ist daran, dass solche Daten offen lassen, ob eine bewusste Umschichtung zu bedarfsgeprüften Leistungen erfolgte, ob solche Leistungen weniger kürzungsanfällig waren oder ob bedarfsgeprüfte Leistungen lediglich strukturbedingt schneller wuchsen (z.B. weil wachsende Bevölkerungsgruppen über die Grenzen der Arbeitslosen- oder Pflegeversicherung gerieten und so aus diesen Leistungssystemen hinausfielen).

Alber, Jens, 2002: *Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats?* Berliner Journal für Soziologie 12, 1: 5-35.

Behrendt, Christina, 2000: *Private pensions – a viable alternative? Their distributive effects in a comparative perspective.* *International Social Security Review* 53, 3: 3-26.

Europäische Kommission, 2000a: *Soziale Sicherheit in Europa 1999.* Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Kommission, 2000b: *Ausgaben und Einnahmen des Sozialschutzes, Daten 1980-1998.* Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Kemmerling, Achim, 2001: *Die Messung des Sozialstaates. Beschäftigungspolitische Unterschiede zwischen Brutto- und Netto-sozialleistungsquote.* *Discussion Paper FS 101-201.* Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.

Korpi, Walter, Palme, Joakim, 1998: *The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries.* *American Sociological Review* 63: 661-687.

Kvist, Jon, 2001: *Der Wohlfahrtsstaat und der*

Arbeitsmarkt: Die Erfahrungen Skandinaviens in den 1990ern. *Zeitschrift für Sozialreform* 47, 4: 378-406.

OECD, 2001: *Historical Statistics 1970-1999.* Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.

OECD, 1999: *A Caring World. The New Social Policy Agenda.* Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.

Jens Alber, Universität Konstanz
 Tel.: 07351/88-3553
 jens.alber@uni-konstanz.de

Informelle Kontakte für Zugang zu Jobs wichtiger als Arbeitsvermittlung

Prozesse der Arbeitssuche und Stellenfindung im europäischen Vergleich

Die Entwicklung der Beschäftigung und der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt bleibt derzeit deutlich hinter den Erwartungen zurück und stellt sich vor allem auch im internationalen Vergleich als unbefriedigend dar. Bei der Diskussion von Ursachen für die diesbezüglichen Probleme spielen nicht nur Strukturdefizite und die vielfach als überreguliert kritisierten institutionellen Rahmenbedingungen eine Rolle. Häufig werden in diesem Zusammenhang auch Zweifel nicht nur an der Intensität der Suchbemühungen, sondern darüber hinaus auch an der Flexibilität der Ansprüche und der Arbeitsmotivation von Arbeitslosen und anderen Nichterwerbstätigen angemeldet. Derartige Einschätzungen liegen auch den neuerdings von einigen europäischen Regierungen präferierten Maßnahmen einer "aktivierenden" Arbeitsmarktpolitik zugrunde, die darauf abzielen, die Eigeninitiative von Arbeitslosen über Anreize und Sanktionen zu intensivieren. Darüber hinaus ist in den vergangenen Monaten auch die Arbeitsweise, Leistungsfähigkeit und Kompetenz der öffentlichen Arbeitsvermittlung in Zweifel gezogen worden. Dabei wird allerdings manchmal übersehen, dass die öffentliche Arbeitsvermittlung in diesem Kontext nur ein Akteur unter anderen ist und in ihrer Arbeit von vielfältigen Rahmenbedingungen abhängt, in erster Linie dem Vorhandensein von offenen Stellen und deren Meldung durch die Arbeitgeber. Die Arbeitsmarktpolitik hat mittlerweile jedoch nicht nur in Deutschland, sondern in der Mehrzahl der europäischen Länder die institutionellen Grundlagen der Arbeitsvermittlung im Sinne einer Aufhebung bzw. Abschwächung der früheren Monopolstellung der öffentlichen Arbeitsvermittlung reformiert und verspricht sich davon Impulse für die Beschäftigungsentwicklung. Offen bleibt jedoch, inwieweit mit derartigen Maßnahmen Struktur- und Wachstumsschwächen kompensiert werden können.

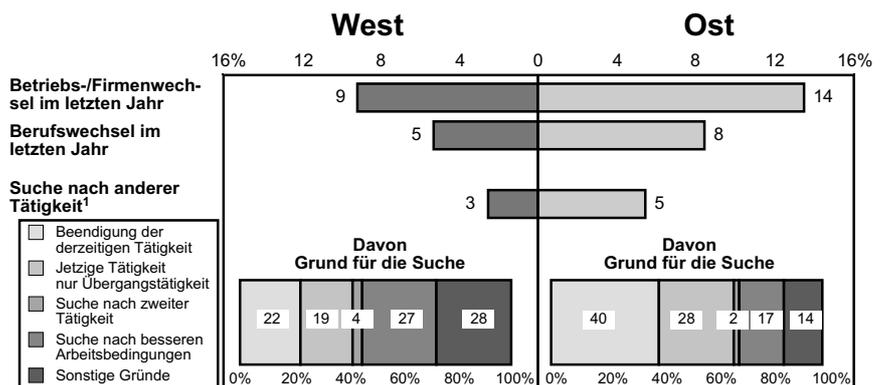
Mikrozensus ist eine 1-%-Repräsentativerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, die insgesamt rund 370.000 Haushalte mit 820.000 Personen umfasst und von der amtlichen Statistik jährlich durchgeführt wird. Für die Analysen wurde eine 70-%-Substichprobe (ZUMA-File) mit mehr als 500.000 Befragten verwendet. Für die europäisch vergleichenden Analysen werden Daten einer Eurobarometer-Erhebung des Jahres 1996 zum Thema "Beschäftigung in Europa" (Eurobarometer 44.3) verwendet, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurde. Eine aktuellere europaweite Datenbasis zu dieser Thematik steht derzeit nicht zur Verfügung. Die Eurobarometer-Surveys umfassen pro Land jeweils etwa 1.000 repräsentativ ausgewählte Befragte im Alter von 16 Jahren und darüber. Im Rahmen dieser Eurobarometer-Befragung wurden zudem zusätzlich pro Land etwa 300 Arbeitssuchende (Arbeitslose und Hausfrauen/Hausmänner) befragt. Die Gesamtstichprobe umfasst 21.371 Personen¹. Obwohl sich die nachfolgenden Analysen damit auf Datensätze von eingeschränkter Aktualität stützen müssen, ist da-

Mit der vorliegenden Analyse soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die Prozesse der Arbeitssuche und der Zuordnung von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften empirisch zu beleuchten, aber insbesondere auch Erkenntnisse über die Bedeutung der öffentlichen Arbeitsvermittlung für das Zustandekommen von Arbeitsverhältnissen in diesem Rahmen zu gewinnen. Angesichts der voranschreitenden europäischen Integration und des zunehmenden Interesses an gesellschaftsvergleichenden „best-practice“-Informationen soll die Situation in Deutschland zudem im europäischen Rahmen betrachtet und bewertet werden.

Die Analysen stützen sich auf zwei verschiedene Datengrundlagen. Zunächst werden auf der Basis des Mikrozensus 1997 Umfang und Art der Suchprozesse auf dem deutschen Arbeitsmarkt untersucht sowie der Personenkreis der Arbeitssuchenden näher betrachtet. Bei der Mikrozensus-erhebung von 1997 handelt es

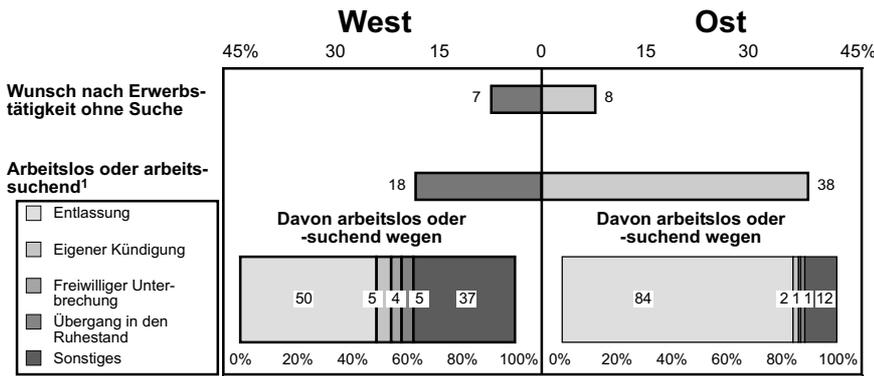
sich um die aktuellste Mikrozensus-Datengrundlage, die der Wissenschaft derzeit für Sekundäranalysen zur Verfügung steht. Der

Graphik 1: Berufliche Veränderungen und Arbeitssuche von Erwerbstätigen 1997



¹ Berichtswoche 21.-27.04.1997 und 4 Wochen davor
 Datenbasis: Mikrozensus 1997; Personen von 15-65 Jahren

Graphik 2: Arbeitssuche bei Nichterwerbstätigen 1997



1) Berichtswoche 21.-27.04.1997 und 4 Wochen davor
 Datenbasis: Mikrozensus 1997, Personen von 15-65 Jahren

von auszugehen, dass sich Veränderungen auf diesem Gebiet nur langsam vollziehen und die Befunde daher überwiegend auf die derzeitige Situation übertragen werden können.

Mehr als 1 Million nicht arbeitslose Arbeitssuchende

Für eine Betrachtung der Suchprozesse auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist zunächst von Interesse, welche Anteile von Personen mit unterschiedlichem Arbeitsmarktstatus aktiv nach einer Stelle suchen. Dabei wird deutlich, dass der Personenkreis der Arbeitssuchenden weit über den der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen hinausgeht. Unter den nach Angaben des Mikrozensus 1997 insgesamt rund 5,6 Millionen Arbeitssuchenden befanden sich neben 4,5 Millionen registrierten Arbeitslosen auch etwa 1,1 Millionen Arbeitssuchende, die zum Zeitpunkt der Suche nicht arbeitslos waren, darunter rund 646.000 Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigte, 76.000 geringfügig Erwerbstätige sowie 376.000 nicht als arbeitslos gemeldete Nichterwerbstätige, wie z.B. Hausfrauen. In Ostdeutschland ist der Anteil der Stellensuchenden über alle Kategorien hinweg, d.h. auch unter den Erwerbstätigen, deutlich höher als in Westdeutschland. Dies hängt offenbar mit einer insgesamt höheren Mobilität auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zusammen: Während 5% der westdeutschen Erwerbstätigen im Verlauf des letzten Jahres ihren Beruf und 9% den Betrieb bzw. die Firma gewechselt haben, trifft das für 8% bzw. 14% aller ostdeutschen Erwerbstätigen zu (Graphik 1).

Auch die Gründe, die für die aktuelle Suche nach einer anderen Beschäftigung angegeben werden, unterscheiden sich in Ost- und Westdeutschland beträchtlich: Während in Ostdeutschland die bevorstehende Beendigung des aktuellen Arbeitsverhältnisses bzw. dessen Status als Übergangstätigkeit für 2 von 3 Erwerbstätigen Anlass zur Suche nach einer neuen Stelle bietet, haben derartige Motive für westdeutsche Erwerbstätige eine geringere Bedeutung. Hier steht das Interesse im Vordergrund, sich beruflich zu verbessern oder es sind sonstige, nicht näher spezifizierte Gründe maßgebend (Graphik 1). Das Interesse an

einer zweiten Tätigkeit spielt in diesem Zusammenhang weder in Ost- noch in Westdeutschland eine nennenswerte Rolle. Von den Nichterwerbstätigen, die sich auf der Suche nach einer Stelle befinden, sind 92% arbeitslos gemeldet. Dementsprechend steht für die nichterwerbstätigen Arbeitslosen oder Arbeitssuchenden der Verlust des früheren Arbeitsplatzes durch eine Entlassung sowohl in Ostdeutschland (84%) als auch in Westdeutschland (50%) als Motiv für die Arbeitssuche deutlich im Vordergrund (Graphik 2).

Erwerbstätige finden Jobs schneller als Arbeitslose

Was ihren aktuellen Erwerbsstatus angeht, unterscheiden sich die Arbeitssuchenden in Ost und West in ihrer Struktur kaum: Mit rund 80% ist der weitaus größte Teil nichterwerbstätig bzw. arbeitslos, 16% sind Vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt sowie 5% oder weniger geringfügig erwerbstätig. Gegenstand der Suche ist für 83% der westdeutschen und sogar 92% der ostdeutschen Arbeitssuchenden eine Vollzeitstelle (Tabelle 1). Die Unterschiede in der Suchdauer zwischen West- und Ostdeutschen dürften vor allem auch die unterschied-

liche Angebotslage auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln: 32% der ostdeutschen Befragten geben an, bereits seit mehr als zwei Jahren nach einer Stelle zu suchen im Vergleich zu lediglich 24% der westdeutschen. Die Dauer der Suche hängt aber darüber hinaus vor allem auch von dem jeweiligen Erwerbsstatus und der damit verbundenen persönlichen Ausgangssituation ab: Wer sich als Arbeitsloser oder sonstiger Nichterwerbstätiger um eine Stelle bemüht, benötigt für die Suche in der Regel wesentlich länger als das bei erwerbstätigen Arbeitssuchenden der Fall ist. Während z.B. in Westdeutschland immerhin 48% der Arbeitslosen und sonstigen Nichterwerbstätigen (Ostdeutschland 53%) bereits 1 Jahr und länger auf der Suche nach einem Job waren, betrug der entsprechende Anteil bei den erwerbstätigen Arbeitssuchenden lediglich 28% (Ostdeutschland 41%)².

Jobsuche vor allem bei Arbeitslosen über Arbeitsamt

Wie Tabelle 2 zeigt, gehen erwerbstätige und nichterwerbstätige Arbeitssuchende bei der Stellensuche weitgehend ähnlich vor: Neben der Suche über das Arbeitsamt gehört die Sichtung und die Schaltung von Inseraten sowie die informelle Suche über persönliche Kontakte zu den wichtigsten Aktivitäten bei der Stellensuche. Darüber hinaus spielt aber auch die Einschaltung privater Arbeitsvermittlungsgagenturen bereits eine beachtliche Rolle. Im Vergleich von erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Arbeitssuchenden zeigen sich jedoch zwei wesentliche Unterschiede: Erstens betreiben Arbeitslose und andere Nichterwerbstätige ihre Suche in der Regel intensiver als Erwerbstätige; das hängt vor allem mit der für diese Personengruppen größeren Dringlichkeit der Suche zusammen. Während 82% der erwerbstätigen Arbeitssuchenden berichteten, innerhalb der vergangenen 4 Wochen aktiv nach einer Stelle gesucht zu haben, lag dieser Anteil bei Arbeitslosen und sonstigen Nichterwerbstätigen in Deutschland insgesamt

Tabelle 1: Merkmale von Arbeitssuchenden (Erwerbstätige und Nichterwerbstätige) in Prozent

	West (%)	Ost (%)
Wunsch nach		
Vollzeitstelle	83	92
Teilzeitstelle	17	8
Derzeitiger Erwerbsstatus:		
Vollzeit erwerbstätig	13	14
Teilzeit erwerbstätig	3	2
Geringfügig erwerbstätig/ Mithelfender Familienangehöriger	5	3
Nicht erwerbstätig/Erziehungsurlaub	79	82
Beim Arbeitsamt arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet	77	88
Bezug von Arbeitslosengeld/-hilfe	73	81
Dauer der Arbeitssuche:		
Weniger als 3 Monate	21	16
3-11 Monate	36	34
1-2 Jahre	20	19
Mehr als 2 Jahre	24	32

Datenbasis: Mikrozensus 1997; Personen von 15-65 Jahren

Tabelle 2: Aktivitäten von Arbeitssuchenden

	Alle Arbeitssuchenden (%)		Nichterwerbstätige (%)		Erwerbstätige (%)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Aktive Suche in den letzten 4 Wochen	92	95	94	98	82	82
Aktivitäten:						
Suche über Arbeitsamt	82	90	94	99	36	51
Suche über private Vermittlung	16	16	16	16	14	16
Aufgabe von Inseraten	9	10	10	11	7	8
Bewerbung auf Inserate	39	35	38	36	40	33
Bewerbung auf nicht ausgeschriebene Stellen	10	9	9	9	13	10
Suche über persönliche Verbindungen	21	31	21	31	25	32
Durchsehen von Inseraten	32	32	32	32	35	30
Sonstige Bemühungen	13	16	13	17	14	15

Datenbasis: Mikrozensus 1997, Personen von 15-65 Jahren

bei 96%. Vergleicht man arbeitslos gemeldete und nicht arbeitslos gemeldete Arbeitssuchende, sind die Unterschiede noch prägnanter. Aus früheren Untersuchungen ist zudem bekannt, dass Erwerbstätige bei einem Stellenwechsel häufig eine sich bietende günstige Gelegenheit wahrnehmen, d.h. ihre neue Stelle ohne vorausgehende Suche finden, vielfach vermittelt über Kollegen oder geschäftliche Kontakte (Noll 1985). Ein zweiter Unterschied in der Art der Arbeitssuche zwischen Arbeitslosen und sonstigen Nichterwerbstätigen auf der einen sowie Erwerbstätigen auf der anderen Seite besteht in der Inanspruchnahme des Arbeitsamtes bei der Stellensuche. Während im gesamten Bundesgebiet mehr als 96% der Arbeitslosen und sonstigen Nichterwerbstätigen angaben, mithilfe des Arbeitsamtes nach einer Stelle gesucht zu haben, traf dies nur für 36% der westdeutschen sowie 51% der ostdeutschen erwerbstätigen Arbeitssuchenden zu. Von den nicht arbeitslos gemeldeten Arbeitssuchenden gaben sogar nur 12% an, das Arbeitsamt bei ihrer Stellensuche eingeschaltet zu haben gegenüber 100% der arbeitslos gemeldeten Arbeitssuchenden. In der geringen Inanspruchnahme des Arbeitsamtes durch nicht arbeitslos gemeldete Jobsucher und dem hohen Anteil von Arbeitslosen unter der Klientel der öffentlichen Arbeitsvermittlung dürften wesentliche Gründe für die Vorbehalte gegenüber der öffentlichen Arbeitsvermittlung auf der Seite der Arbeitgeber und deren Zurückhaltung liegen, bei der Stellenbesetzung auf die Serviceleistungen der Arbeitsämter zurückzugreifen. Die Struktur der sie in Anspruch nehmenden Arbeitssuchenden ist daher ein Faktor, der Erfolg und Effektivität der öffentlichen Arbeitsvermittlung vermutlich nachhaltig beeinträchtigt.

Suchintensität der Arbeitssuchenden in Deutschland unter dem europäischen Durchschnitt

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Integration Europas stellt sich die Frage, wie sich das Suchverhalten auf dem

deutschen Arbeitsmarkt im Vergleich zu dem Vorgehen bei der Jobsuche in anderen europäischen Ländern darstellt. Dabei ist zunächst zu betonen, dass sich nicht nur die für die Aussichten einer erfolgreichen Suche maßgebenden Angebots-Nachfrage-Verhältnisse bzw. Gelegenheitsstrukturen auf den Arbeitsmärkten, sondern auch die institutionellen Rahmenbedingungen für die Arbeitsvermittlung und Stellensuche zwischen den europäischen Ländern erheblich unterscheiden. Die früher bestehenden Monopole der öffentlichen Arbeitsvermittlung wurden jedoch im Laufe der 90er Jahre fast durchgängig zugunsten einer Öffnung gegenüber privaten Vermittlungsagenturen abgebaut. Heute ist die Situation in der Mehrzahl der Länder durch eine mehr oder weniger regulierte Koexistenz von öffentlichen und privaten Arbeitsvermittlungsinstanzen geprägt³.

Die nachfolgenden europäisch vergleichenden Analysen der Suchprozesse auf dem Arbeitsmarkt konzentrieren sich aus Datengründen auf Arbeitslose sowie ausgewählte Gruppen von sonstigen nichterwerbstätigen Befragten (Hausfrauen bzw. Hausmänner). Die am individuellen Zeitaufwand gemessene Intensität der Jobsuche ist in Deutschland mit 5 Stunden pro Woche deutlich geringer als im Durchschnitt der EU-Länder mit 6,6 Stunden (Tabelle 3) und in Westdeutschland geringer als in Ostdeutschland. Dabei zeigt sich jedoch, dass Arbeitslose mit durchschnittlich 5,2 Stunden pro Woche erheblich mehr Zeit für die Suche aufwenden als nichterwerbstätige Hausfrauen und Hausmänner mit 3,7 Stunden. Einen starken Einfluss auf die Intensität der Jobsuche hat dagegen die Bedeutung, die der Erwerbstätigkeit subjektiv beigemessen wird. Personen, die eine starke Affinität zur Erwerbstätigkeit aufweisen, investieren erwartungsgemäß deutlich mehr Zeit in die Arbeitssuche als Personen, denen die Erwerbstätigkeit weniger wichtig ist. In ihrer Bewerbungshäufigkeit liegen die deutschen Arbeitssuchenden mit durchschnittlich 3,2 Bewerbungen pro Woche nur unwesentlich unter dem EU-Durchschnitt. Dabei ist zu bedenken, dass das Bewerbungsverhalten nicht nur von der Motivation der Arbeitssuchenden abhängt, sondern auch entsprechende Gelegenheiten voraussetzt.

Bezug von Arbeitslosenunterstützung ohne Einfluss auf Suchintensität

Untersucht man die relative Stärke der einzelnen Einflussfaktoren auf die am Zeitaufwand gemessenen Intensität der Jobsuche im Rahmen einer multivariaten Analyse, so zeigt sich, dass die subjektive Bedeutung der Erwerbstätigkeit den stärksten Effekt hat: Je wichtiger die Erwerbstätigkeit eingestuft wird, desto höher ist die Suchintensität. Dies trifft auch für die EU-Länder insgesamt zu. Ist die Person im Haus-

Tabelle 3: Zeitaufwand der Jobsuche und Zahl der Bewerbungen nach verschiedenen Merkmalen im Vergleich Deutschland und EU

	Ø Zeitaufwand (h/Woche)		Ø N Bewerbungen (letzte 4 Wochen)	
	Deutschland	EU	Deutschland	EU
Gesamt	5,0	6,6	3,2	3,7
West	4,2	-	3,3	-
Ost	5,7	-	4,0	-
Dauer der Jobsuche:				
1-6 Monate	5,3	7,0	3,4	3,3
7-12 Monate	4,7	7,0	3,2	3,8
13-35 Monate	5,4	6,6	4,1	3,8
Mehr als 36 Monate	4,8	6,2	3,5	3,9
Subjektive Bedeutung von Erwerbstätigkeit:				
Gering	3,5	4,4	4,6	4,1
Mittel	4,5	5,9	3,7	4,2
Hoch	5,7	7,6	3,5	3,6
Männer	5,3	6,9	3,7	3,8
Frauen	4,8	6,3	3,7	4,0
Arbeitslos	5,2	6,7	3,7	3,9
Hausfrau/-mann nicht erwerbstätig	3,7	4,9	3,2	4,2

Datenbasis: Eurobarometer (44.3) 1996

Tabelle 4: Merkmale von Arbeitssuchenden im Vergleich Deutschland und EU in Prozent

	D (%)	EU (%)
Dauer der Jobsuche:		
1-6 Monate	43	45
7-12 Monate	20	19
13-35 Monate	24	20
Mehr als 36 Monate	13	15
Subjektive Bedeutung von Erwerbstätigkeit:		
Gering	9	10
Mittel	42	43
Hoch	49	48
Keine Bereitschaft zu:		
Arbeit mit niedrigerer Qualifikation	17	20
Arbeit mit anderen Fähigkeiten	7	7
Schulungen	15	9
Wochenendarbeit	40	32
Mobilität	71	55
Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt, ist arbeitslos	11	7
Durch Kinder oder andere Personen ans Haus gebunden	17	12
Schwierigkeiten mit Lesen, Schreiben oder Sprache	3	3
Gesundheitliche Probleme/Behinderung	13	6
Bezug von Arbeitslosengeld/-hilfe	68	44
Bereitschaft zu geringerer Bezahlung als bei der letzten Stelle	51	34

Datenbasis: Eurobarometer (44.3) 1996

halt arbeitslos, die normalerweise den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet, steigt der Suchaufwand ebenfalls deutlich an. Anders als häufig angenommen, wirkt sich zwar der Bezug von Arbeitslosengeld/-hilfe signifikant vermindern auf die Suchintensität aus, nicht aber die Differenz zur Höhe des erwarteten Arbeitseinkommens.

Geringere Anspruchsflexibilität und Mobilitätsbereitschaft deutscher Arbeitssuchender

Während sich die deutschen Arbeitssuchenden in ihrer Erwerbsorientierung und der Dauer der Suche kaum vom europäischen Durchschnitt

unterscheiden, ist ihre in verschiedener Hinsicht geringere Anspruchsflexibilität und Mobilitätsbereitschaft auffällig. Von den deutschen Arbeitssuchenden verneinen 71% (EU 55%) die Bereitschaft allgemein mobil zu sein, 40% (EU 32%) sind nicht bereit am Wochenende zu arbeiten und 15% (EU 9%) an Schulungen teilzunehmen (Tabelle 4). Keine nennenswerten Abweichungen vom EU-Durchschnitt finden sich jedoch hinsichtlich der Bereitschaft, Arbeiten mit niedrigeren oder anderen Qualifikationsanforderungen zu akzeptieren. Die Bereitschaft, eine geringere Bezahlung als die bei der letzten Stelle in Kauf zu nehmen, ist in Deutschland stärker ausgeprägt

als in der EU insgesamt. Dagegen ist unter den deutschen Arbeitssuchenden der Anteil derjenigen, die gesundheitliche Defizite angeben, mit 13% doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt, und mit 17% deutlich über dem Durchschnitt liegt auch der Anteil von Personen, die sich durch Kinder oder andere versorgungsbedürftige Angehörige ans Heim gebunden fühlen. Hier schlägt sich offenbar auch die hierzulande in mancher Hinsicht nicht mehr zeitgemäße und – vor allem was Kleinkinder angeht – defizitäre Betreuungsinfrastruktur nieder.

Unterschiedliche Muster der Stellensuche in Europa

In der Art der Jobsuche gibt es große Unterschiede zwischen den europäischen Ländern, die nicht nur auf die differentiellen institutionellen Rahmenbedingungen, sondern auch auf unterschiedliche kulturelle Traditionen zurückzuführen sind. In Deutschland werden Stellen von dem hier betrachteten Personenkreis in erster Linie über das Arbeitsamt (88%), Anzeigen (85%) sowie informelle Kontakte (74%), d.h. Freunde, Bekannte und Familienangehörige, gesucht (Tabelle 5). Danach folgen in der Häufigkeit direkte Bewerbungen beim Arbeitgeber (47%) und die Einschaltung privater Vermittlungsagenturen (15%). Eine ähnlich große Bedeutung wie in Deutschland haben die Arbeitsämter für die Stellensuche allenfalls in einigen skandinavischen Ländern. Informelle Kontakte werden vor allem in den süd- und mitteleuropäischen Ländern für die Stellensuche eingesetzt, weniger dagegen in Nord- und Westeuropa. Private Vermittlungsagenturen wurden zum Befragungszeitpunkt in den Niederlanden mit Abstand am häufigsten in Anspruch genommen.

Bei der subjektiven Beurteilung, welche Form der Suche aus der Sicht der Arbeitssuchenden

Tabelle 5: Formen der Arbeitsplatzsuche von Nichterwerbstätigen und Stellenfindung von Erwerbstätigen in der Europäischen Union (in Prozent) ¹

Gesucht / Gefunden über:	D	D-W	D-O	B	DK	GR	I	E	F	IRL	N-IRL	NL	P	GB	FIN	S	A	EU
Familie u. Freunde	74	74	78	72	59	87	70	80	65	66	7	47	82	46	47	49	74	67
Arbeitsamt	<i>31</i>	<i>32</i>	<i>30</i>	<i>50</i>	<i>33</i>	<i>59</i>	<i>58</i>	<i>63</i>	<i>40</i>	<i>35</i>	<i>28</i>	<i>28</i>	<i>56</i>	<i>34</i>	<i>32</i>	<i>33</i>	<i>43</i>	<i>41</i>
Priv. Stellenvermittlung	88	85	94	54	58	28	40	62	72	52	23	68	37	49	79	85	74	63
Anzeige	<i>11</i>	<i>12</i>	<i>9</i>	<i>4</i>	<i>6</i>	<i>1</i>	<i>5</i>	<i>3</i>	<i>9</i>	<i>5</i>	<i>9</i>	<i>9</i>	<i>1</i>	<i>6</i>	<i>13</i>	<i>11</i>	<i>11</i>	<i>8</i>
Anfrage beim Arbeitgeber	15	16	13	19	23	15	8	23	34	19	2	48	8	11	2	6	17	19
Anfrage vom Arbeitgeber	<i>3</i>	<i>4</i>	<i>-</i>	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>1</i>	<i>3</i>	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>9</i>	<i>-</i>	<i>2</i>	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>5</i>	<i>2</i>
Staatl. Weiterbildung	85	88	82	79	56	71	67	83	77	96	95	91	56	61	87	80	79	77
Andere	<i>20</i>	<i>23</i>	<i>8</i>	<i>11</i>	<i>27</i>	<i>8</i>	<i>7</i>	<i>6</i>	<i>10</i>	<i>31</i>	<i>41</i>	<i>25</i>	<i>4</i>	<i>30</i>	<i>22</i>	<i>16</i>	<i>10</i>	<i>17</i>
	47	42	50	38	46	33	38	29	64	32	4	40	30	28	36	56	38	40
	<i>16</i>	<i>15</i>	<i>22</i>	<i>19</i>	<i>19</i>	<i>9</i>	<i>9</i>	<i>7</i>	<i>19</i>	<i>10</i>	<i>7</i>	<i>13</i>	<i>13</i>	<i>9</i>	<i>17</i>	<i>16</i>	<i>20</i>	<i>14</i>
	4	6	3	7	9	11	16	9	17	2	2	5	5	2	8	21	7	10
	<i>6</i>	<i>5</i>	<i>8</i>	<i>4</i>	<i>7</i>	<i>7</i>	<i>7</i>	<i>6</i>	<i>6</i>	<i>5</i>	<i>9</i>	<i>6</i>	<i>7</i>	<i>9</i>	<i>11</i>	<i>15</i>	<i>4</i>	<i>7</i>
	23	12	29	4	9	7	10	13	22	16	-	10	7	16	12	22	9	15
	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>2</i>	<i>1</i>	<i>-</i>	<i>4</i>	<i>2</i>	<i>4</i>	<i>3</i>	<i>2</i>	<i>2</i>	<i>1</i>	<i>4</i>	<i>1</i>	<i>-</i>	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>2</i>
	26	20	29	33	22	31	24	31	31	48	-	15	15	20	32	28	13	26
	<i>5</i>	<i>5</i>	<i>7</i>	<i>7</i>	<i>4</i>	<i>12</i>	<i>9</i>	<i>10</i>	<i>7</i>	<i>5</i>	<i>1</i>	<i>5</i>	<i>10</i>	<i>6</i>	<i>2</i>	<i>3</i>	<i>2</i>	<i>6</i>

1) Fette Zahlen: Prozentsatz von nicht erwerbstätigen Befragten, die auf diesem Weg nach einer Stelle gesucht haben; kursive Zahlen: Anteil von erwerbstätigen Befragten, die auf diesem Weg ihre derzeitige Stelle gefunden haben.

Datenbasis: Eurobarometer (44.3) 1996

am effektivsten ist, schneidet die Sichtung und Aufgabe von Stellenanzeigen in Deutschland am besten ab, gefolgt vom Arbeitsamt und der direkten Bewerbung beim Arbeitgeber. Im europäischen Durchschnitt wird die direkte Bewerbung beim Arbeitgeber am häufigsten als effektivste Suchstrategie genannt, gefolgt von informellen Kontakten und dem Arbeitsamt.

Erfolgreiche Anbahnung von Arbeitsverhältnissen meist über informelle Kontakte

Im Vergleich zu den verfolgten Suchstrategien besonders aufschlussreich sind Informationen darüber, auf welchem Wege Beschäftigte ihre Stelle tatsächlich gefunden haben. Die Ergebnisse weisen auf überraschend deutliche Unterschiede zwischen den Suchstrategien und Stellenfindungsmustern hin. Wie die vorliegenden Daten bestätigen, sind informelle Kontakte, also Freunde, Bekannte und Familienangehörige, auch in Deutschland das für die Anbahnung von Arbeitsverhältnissen wichtigste Medium: 31% aller Erwerbstätigen geben an, ihre derzeitige Stelle auf diesem Wege gefunden zu haben (Tabelle 5); erst mit deutlichem Abstand folgen Anzeigen (20%), die direkte Anfrage beim Arbeitgeber (16%) sowie das Arbeitsamt, über das lediglich 11% der Erwerbstätigen ihre Stelle gefunden haben⁴. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich im Hinblick auf die Einschaltung des Arbeitsamtes und vor allem beim Erfolg von Anzeigen. Beide Wege führen in den neuen Bundesländern seltener zu Arbeitsverhältnissen als in den alten Bundesländern. Dagegen haben Ostdeutsche ihren Arbeitsplatz häufiger durch direkte Anfragen beim Arbeitgeber gefunden. Dass sich in diesem Befund möglicherweise noch Nachwirkungen tradierter Verhaltensweisen aus DDR-Zeiten manifestieren, kann hier allenfalls vermutet werden.

Bei einem europäischen Durchschnitt von 41% erweisen sich informelle Kontakte in einigen EU-Ländern, insbesondere den südeuropäischen, für die Stellenfindung noch wesentlich wichtiger als in Deutschland. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal, aber auch in Belgien werden mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze auf diese Weise gefunden; auch in Frankreich und Österreich sind informelle Kontakte für die Anbahnung von Arbeitsverhältnissen von großer Bedeutung. Nur in Nordirland nehmen informelle Kontakte unter den unterschiedlichen Stellenfindungsmechanismen nicht den ersten Rang ein. Über die Arbeitsämter haben im EU-Durchschnitt lediglich 8% aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz gefunden. Während die Arbeitsämter für die Vermittlung von Arbeitsplätzen in Deutschland sogar noch eine vergleichsweise große Rolle spielen, sind sie in einigen südeuropäischen Ländern als Vermittlungsinstanz nahezu bedeutungslos.

Als Resümee ist festzuhalten, dass die Arbeitsämter als Vermittlungsinstanz in Deutschland von größerer Bedeutung sind als in vielen anderen europäischen Ländern, sie aber dennoch für die Herstellung von Beschäftigungsverhält-

nissen auch hierzulande insgesamt nur eine untergeordnete Rolle spielen. Während die Mehrzahl der Stellen über informelle Kontakte, Anzeigen und direkte Bewerbungen beim Arbeitgeber gefunden werden, beschränken sich die Vermittlungsaktivitäten und -erfolge der öffentlichen Arbeitsvermittlung weitgehend auf den Personenkreis der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen. Hier liegt zweifellos eine Strukturschwäche der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Bei der Intensität der Jobsuche, aber mehr noch was ihre Anspruchsflexibilität und Mobilitätsbereitschaft angeht, weichen die Arbeitssuchenden in Deutschland – mit Ausnahme der Bereitschaft zu geringerer Bezahlung – negativ vom europäischen Durchschnitt ab. Hier deuten sich noch Potentiale für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik an. Insgesamt wird man aber im Lichte der dargelegten Befunde, die voraussichtlichen Effekte derartiger Maßnahmen wie auch einer Reform der Arbeitsvermittlung als gering einschätzen müssen, solange es an einer ausreichenden Zahl von Beschäftigungsangeboten fehlt.

- 1 Für einen Gesamtüberblick sowie eine ausführliche Studienbeschreibung vgl. Gallie (1997).
- 2 Bei der Interpretation der Daten zur Dauer der Suche ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei um Angaben zur noch nicht abgeschlossenen Suche eines repräsentativen Bestands von Arbeitssuchenden zum Befragungszeitpunkt handelt. Man muss davon ausgehen, dass die tatsächliche abgeschlossene Suchdauer auf der Basis derartiger Angaben überschätzt wird, weil Personen, die länger nach einer Stelle suchen in diesem Bestand überproportional repräsentiert sind im Vergleich zu Personen, die ihre Arbeitssuche nach kurzer Dauer erfolgreich beenden.

- 3 Für eine ausführliche Recherche zur Situation der Arbeitsvermittlung in den Ländern der Europäischen Union danken wir Ina Götzelt. Für eine kompakte Darstellung der diesbezüglichen Entwicklungen vgl. Konle-Seidl/Walwei (2002).
- 4 Ähnliche Befunde für Deutschland haben sich auch aus früheren Studien ergeben. Vgl. u.a. Noll (1985); Habich (1987) sowie zuletzt Pischner et al. (2002).

Gallie, Duncan, 1997: *Employment, Unemployment and the Quality of Life. The Employment in Europe Survey 1996. Report prepared for the European Commission. University of Oxford.*

Habich, Roland, 1987: *Wege der Stellenfindung und berufliche Platzierung. S. 143-173 in: A. Deeke et al. (Hrsg.), Arbeitsmarktbewegung als sozialer Prozess. SAMF-Arbeitspapier Nr. 3. Paderborn.*

Konle-Seidl, Regina, Walwei, Ulrich, 2002: *Arbeitsvermittlung – Die Deregulierung in der EU schreitet voran. IAB-Kurzbericht, Nr. 3/ 14.3.2002.*

Noll, Heinz-Herbert, 1985: *Arbeitsplatzsuche und Stellenfindung. S. 275-303 in: H. Knepel, R. Hujer (Hrsg.), Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Frankfurt a.M.: Campus.*

Pischner, Rainer, Schupp, Jürgen, Wagner, Gert, 2002: *Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsamt: Reform des Berichtssystems dringend erforderlich. DIW-Wochenbericht Nr. 9: 145-152.*

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA**
Tel. 0621/1246-241, -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

! Ankündigung: Datenreport 2002

Ende August dieses Jahres erscheint der vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) herausgegebene Datenreport 2002. Der seit 1983 inzwischen in der neunten Ausgabe vorliegende Datenreport gehört zweifelsohne zu den wichtigsten regelmäßigen Beiträgen zur Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland. Wie schon die früheren Ausgaben enthält auch der neue Datenreport sowohl Ergebnisse der amtlichen Statistik als auch der wissenschaftlichen Sozialforschung. Zu beziehen ist der Datenreport 2002 nach seinem Erscheinen als kostenfreie Printausgabe über die Bundes-

zentrale für politische Bildung (www.bpb.de) oder als Download im pdf-Format über die Homepages der herausgebenden Institutionen (für ZUMA: <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Publikationen/Datenreport/index.htm>). Eine Buchhandelsausgabe wird über den Olzog-Verlag erhältlich sein.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**
0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

Weiter deutliche Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost und West trotz Annäherung in manchen Bereichen

Zur Entwicklung des subjektiven Wohlbefindens in der Bundesrepublik 1990-2000

Ein wichtiger Maßstab für das Gelingen des mit der deutschen Vereinigung begonnenen Prozesses des Zusammenwachsens der ost- und westdeutschen Bundesländer ist neben einer Annäherung der objektiven Lebensverhältnisse auch die Angleichung der subjektiven Zufriedenheit, sowohl mit dem Leben als Ganzem als auch in einzelnen Lebensbereichen. Wie im Falle der objektiven Lebensverhältnisse war die Hoffnung auf Angleichung mit der Erwartung verknüpft, den vergleichsweise hohen Standard im Westen der Republik zumindest mittel- bis langfristig auch im Osten erreichen zu können. Allerdings wurde diese Hoffnung bisher gleich in zweifacher Weise enttäuscht: Zum einen bestehen auch elf Jahre nach der deutschen Vereinigung noch deutliche Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost und West, und zum anderen ist das bisher erreichte Ausmaß der Angleichung zumindest zum Teil auch auf einen Rückgang der Zufriedenheit in den westlichen Bundesländern zurückzuführen. Allerdings lässt sich dieser insgesamt eher negative Befund nur bei Betrachtung eines globalen Zufriedenheitsmaßes aufrecht erhalten. Bei einem detaillierteren Blick auf die Zufriedenheit der Bürger mit spezifischen Lebensbereichen hingegen finden sich je nach Bereich sehr unterschiedliche Entwicklungen.

Allgemein betrachtet stellt die subjektive Zufriedenheit einer Person das Ergebnis eines Bewertungsprozesses dar, in dem sie ihre objektiven Lebensumstände vor dem Hintergrund ihres individuellen Anspruchsniveaus beurteilt. Dementsprechend können unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen auch bei identischen objektiven Lebensumständen zu Unterschieden im individuellen Wohlbefinden führen. Zudem können beide Aspekte, sowohl die objektive Situation als auch das darauf gerichtete subjektive Anspruchsniveau, in verschiedenen Teilbereichen des Lebens ganz unterschiedlich ausgeprägt sein. Aus diesem Grund ist es notwendig, Angleichungsprozesse wie sie im Anschluss an die deutsche Vereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland stattfanden nicht nur in Bezug auf die objektiven Lebensverhältnisse, sondern auch hinsichtlich der subjektiven Zufriedenheit der Bürger mit ihren objektiven Lebensumständen zu bewerten. Auf diese Weise lässt sich feststellen, ob die (positiven oder negativen) Entwicklungen der objektiven Verhältnisse den Ansprüchen und Erwartungen der Bürger gerecht werden und so letztendlich als Erfolg oder Misserfolg zu bewerten sind.

Im folgenden Beitrag soll daher sowohl eine Bestandaufnahme der aktuellen Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost und West vorgenommen als auch ein Überblick über die Entwicklung dieser Unterschiede in verschiedenen Lebensbereichen gegeben werden. Dabei wird auf Daten des sozioökonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 1990 bis 2000 zurückgegriffen. Das SOEP (SOEP-Group 2001) ist eine jährliche Wiederholungsbefragung von Personen und Haushalten, die nach mehreren Ausweitungen der Stichprobengröße im Jahr 2000 über 24.000 Befragte umfasste. Insgesamt stehen im SOEP elf Erhebungszeitpunk-

te zur Verfügung, zu denen sowohl die ost- als auch die westdeutsche Bevölkerung befragt wurde. Zwar wurden nicht in jedem Jahr alle hier interessierenden Informationen erhoben, doch ist für die meisten der untersuchten Lebensbereiche neben der Beschreibung der gegenwärtigen Unterschiede auch eine zusammenfassende Darstellung und Bewertung der langfristigen Veränderung der Zufriedenheit möglich, die seit 1990 in beiden Landesteilen stattgefunden hat.

Auch 2000 noch deutliche Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost und West

Betrachtet man zunächst die aktuelle Situation, so lassen sich auch im Jahr 2000 noch deutliche Abweichungen bei der Zufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Ein zusammenfassendes Maß für das Wohlbefinden stellt hierbei die allgemeine Lebenszufriedenheit dar. Wie Graphik 1 zeigt, sind die Westdeutschen im Allgemeinen zufriedener mit ihrem Leben, wobei der Unterschied zwischen beiden Landesteilen 0,6 Skaleneinheiten beträgt.

Bei der Zufriedenheit in den einzelnen Lebensbereichen fallen die Ost-West-Differenzen jedoch häufig anders aus als bei der globalen Betrachtung. Und auch hinsichtlich der Rangordnung der einzelnen Bereiche unterscheiden sich die beiden Landesteile voneinander (vgl. Graphik 1). Einigkeit herrscht unter den Deutschen lediglich darüber, mit welchem Aspekt ihres Lebens sie am zufriedensten sind, nämlich mit ihrer Wohnung. In den alten Bundesländern folgen mit deutlichem Abstand der Lebensstandard, die Arbeit, die Freizeit und die Schul- und Berufsausbildung. Wesentlich niedriger ist die Zufriedenheit mit dem Um-

weltzustand und mit der Gesundheit. Am Ende der Skala rangieren das Haushaltseinkommen, Tätigkeiten im Haushalt, die Möglichkeiten der Kinderbetreuung und überraschenderweise auch das Angebot an Waren und Dienstleistungen. Letzterer Befund erscheint insofern verwunderlich, als davon auszugehen ist, dass das Warenangebot in der heutigen Bundesrepublik wohl kaum als defizitär bezeichnet werden kann. Eine mögliche Erklärung für dieses Phänomen wäre die anhand des Indikators nicht mögliche Differenzierung zwischen Waren und Dienstleistungen. Während es durchaus plausibel ist, dass geringe Indikatorwerte in den ostdeutschen Bundesländern zu Anfang der 1990er Jahre auf Lücken in der Warenversorgung hinweisen, so scheint es im Falle der Werte Ende der 1990er Jahre eher adäquat anzunehmen, dass dies mit der oft unter dem Schlagwort der ‚Servicewüste‘ beschriebenen, ungenügenden Quantität und auch Qualität der Dienstleistungen in der Bundesrepublik zusammenhängt.

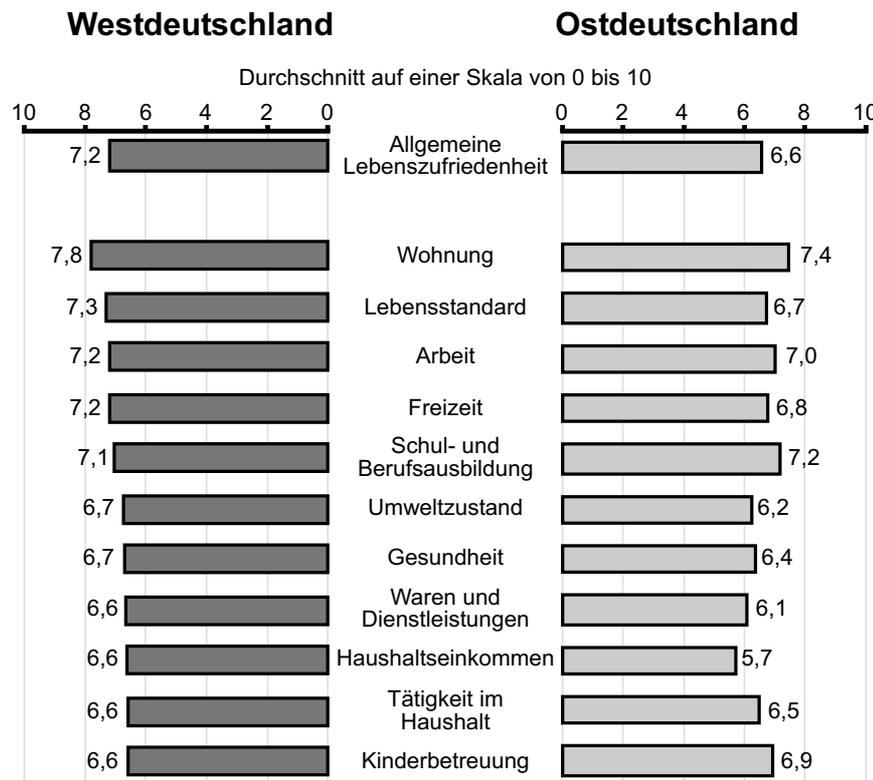
Ostdeutsche insbesondere mit dem Haushaltseinkommen wenig zufrieden

In den neuen Ländern sind die Menschen neben ihrer Wohnung insbesondere mit ihrer Schul- und Berufsausbildung, der Arbeit und der Kinderbetreuung zufrieden. Vergleichsweise hohe bis mittlere Werte finden sich bei Freizeit und Lebensstandard sowie Haushaltstätigkeiten und Gesundheit. Mit dem Zustand der Umwelt, dem Angebot an Waren und Dienstleistungen und insbesondere mit ihrem Haushaltseinkommen ist die ostdeutsche Bevölkerung hingegen eher unzufrieden.

Bei einer Untersuchung der Zufriedenheitsdifferenzen im innerdeutschen Vergleich sind die Ostdeutschen in nahezu allen Fällen unzufriedener als die Westdeutschen. Am stärksten fällt der Unterschied beim Haushaltseinkommen aus, bei dem Ost und West im Durchschnitt 0,9 Skaleneinheiten trennen. Daneben weisen sowohl die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard als auch die Zufriedenheit mit dem Waren- und Dienstleistungsangebot und dem Umweltzustand mit Differenzen von 0,6 bzw. 0,5 Skaleneinheiten deutliche Ost-West-Unterschiede auf. Insgesamt differieren also im Vergleich der Landesteile gerade diejenigen Bereiche am stärksten, die am Ende der ostdeutschen Zufriedenheitsskala stehen.

Einen spezifischen Fall stellt die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung dar. Sie ist ne-

Graphik 1: Zufriedenheit¹ in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland 2000



(1) Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = "ganz und gar unzufrieden"; 10 = "ganz und gar zufrieden". Anmerkung: Bei 'Arbeit' nur Beschäftigte (Voll- und Teilzeit); bei 'Kinderbetreuung' nur Befragte mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt. Datenbasis: SOEP 2000.

zurückgegangen ist, bevor in den folgenden Jahren eine Annäherung an westdeutsche Werte stattfand (Habich et al. 1999). Allerdings war schon relativ frühzeitig klar, dass diese Annäherung nicht nur von einem Ansteigen der ostdeutschen Werte, sondern häufig auch von einer gleichzeitigen Abnahme, bestenfalls einer Stagnation der westdeutschen Zufriedenheit getragen wurde (Noll 1994). Wie die in Graphik 2 dargestellte Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit illustriert, kam diese Zangenbewegung etwa in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zum Stillstand, und seitdem scheint es zu einer Verfestigung der noch bestehenden Zufriedenheitsunterschiede gekommen zu sein.

Allerdings kann dieses allgemeine Verlaufsmuster nicht ohne weiteres auf die Zufriedenheit in den einzelnen Lebensbereichen übertragen werden. Wie Graphik 3 zeigt, entspricht es nur der Entwicklung in einem Teil der Lebensbereiche. Bei der Zufriedenheit mit der Arbeit, dem Haushaltseinkommen, dem Lebensstandard und bedingt auch bei der Zufriedenheit mit der Wohnung (wobei im letzteren Fall die Werte im westlichen Landesteil über den gesamten Beobachtungszeitraum konstant bleiben) lässt sich eine vergleichbare Verlaufsform finden. Alle diese Bereiche lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass sie eng mit dem materiellen Wohlstand der Befragten verknüpft sind. Das oben beschriebene Verlaufsmuster scheint also insbesondere die Angleichung der Zufriedenheiten im materiellen Bereich zu beschreiben.

ben der Schul- und Berufsausbildung der einzige hier untersuchte Lebensaspekt, bei dem die Ostdeutschen höhere Werte aufweisen als die Westdeutschen und ist darüber hinaus einer der vier Bereiche, mit denen die Bürger der neuen Bundesländer insgesamt am zufriedensten sind. Die Erklärung dafür ist vermutlich in der noch auf die DDR-Zeit zurückgehenden, vergleichsweise guten Betreuungsinfrastruktur insbesondere für jüngere Kinder in den neuen Ländern zu suchen. Zudem ist im Osten als Folge des Geburtenrückgangs in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (vgl. Mau/Zapf 1998) auch der Betreuungsbedarf in den entsprechenden Altersgruppen gesunken. Allerdings ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung in Ostdeutschland 2000 im Vergleich zu 1990, als der entsprechende Wert bei 7,7 lag, um 0,9 Skaleneinheiten gefallen ist. Sofern man keinen Anstieg des entsprechenden Anspruchsniveaus in Ostdeutschland unterstellen möchte, gab es demnach in den Augen der Ostdeutschen seit der Vereinigung deutliche Qualitätseinbußen bei der Kinderbetreuung.

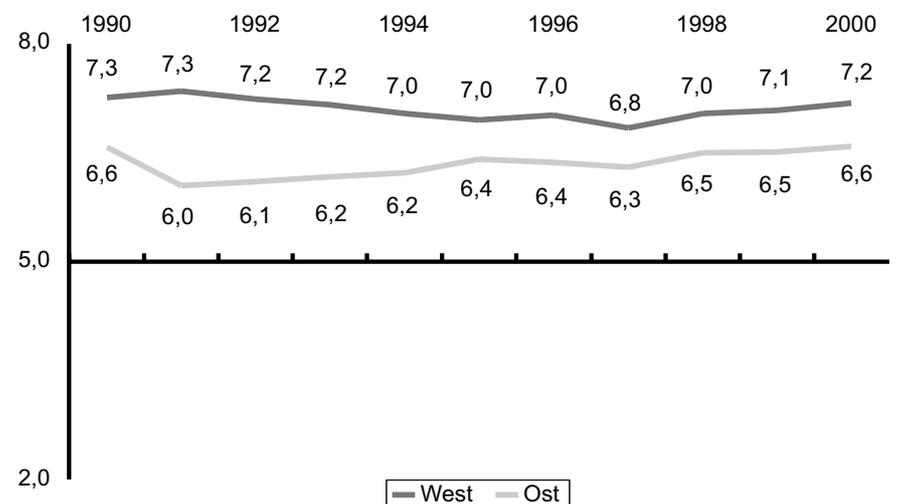
an, sondern auch darauf, ob die gegenwärtige Situation im Vergleich zur früheren eine Vergrößerung oder Verkleinerung dieser Differenzen bedeutet. Daher ist vor allem von Interesse, wie sich die Zufriedenheitsniveaus und -unterschiede über die Zeit entwickelt haben. Dabei hat sich in früheren Untersuchungen gezeigt, dass die subjektive Zufriedenheit in Ostdeutschland zunächst kurz nach der Vereinigung stark

Darüber hinaus treten aber, wie Graphik 3 dokumentiert, auch noch zwei weitere Verlaufstypen auf. Der erste betrifft drei Bereiche, die sich am besten unter der Überschrift der privaten Lebensumstände zusammenfassen lassen: die Zufriedenheit mit der Gesundheit, der Freizeit und der Tätigkeit im Haushalt. Beide sind durch geringe Unterschiede zwischen den Landesteilen und mäßige Veränderungen über

Angleichung der Zufriedenheit verläuft in verschiedenen Lebensbereichen unterschiedlich

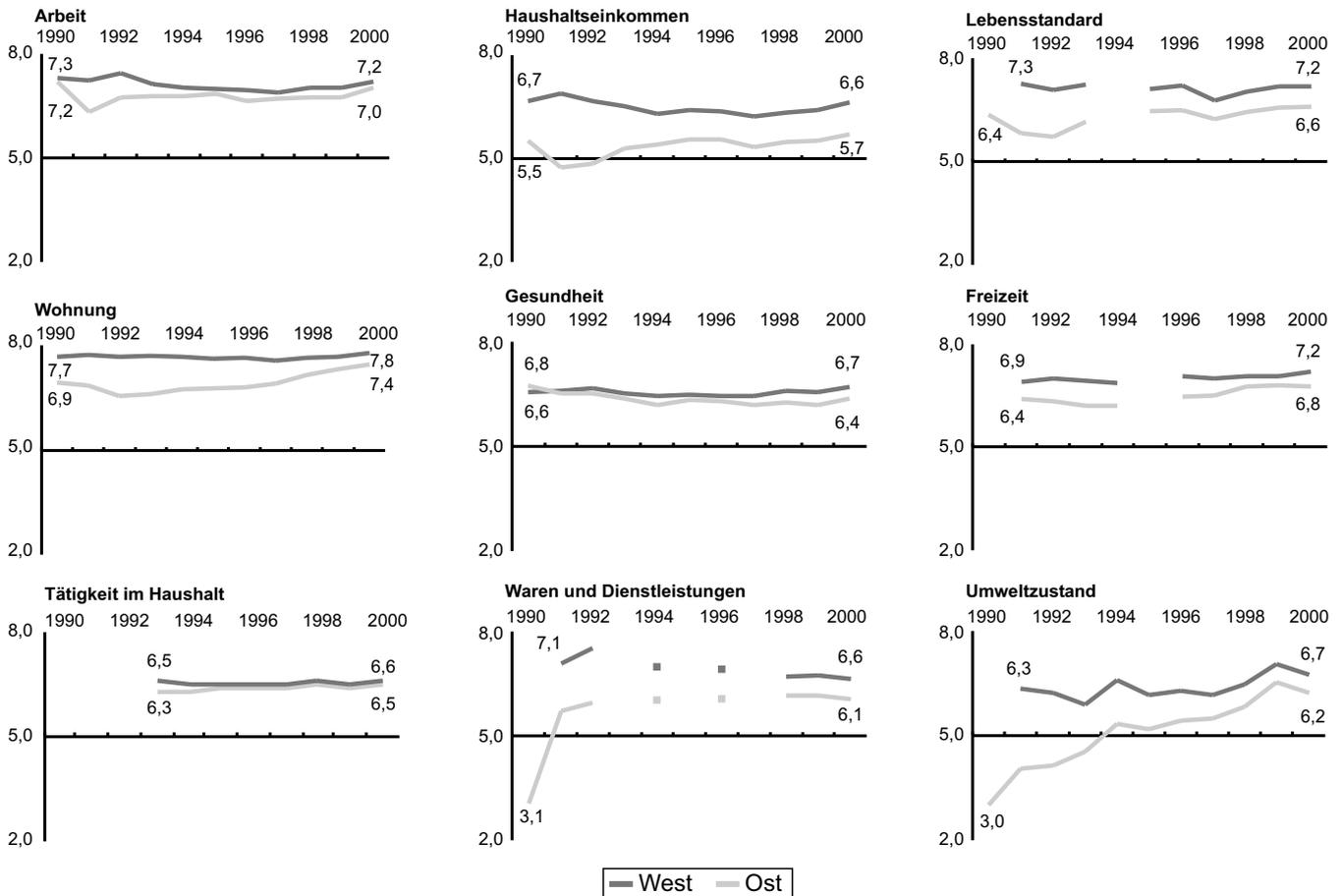
Für eine Beurteilung der Annäherung zwischen Ost und West kommt es nicht nur auf die aktuellen Unterschiede zwischen den Landesteilen

Graphik 2: Allgemeine Lebenszufriedenheit¹ 1990-2000



(1) Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = "ganz und gar unzufrieden"; 10 = "ganz und gar zufrieden". Datenbasis: SOEP 1990-2000.

Graphik 3: Veränderung der Zufriedenheit¹ in Lebensbereichen in Ost- und Westdeutschland 1990 – 2000



(1) Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = "ganz und gar unzufrieden"; 10 = "ganz und gar zufrieden".
 Anmerkung: Bei ‚Arbeit‘ nur Beschäftigte (Voll- und Teilzeit); fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.
 Datenbasis: SOEP 1990-2000.

die Zeit gekennzeichnet. Und wenn derartige Veränderungen auftreten, so finden sie nicht kurzfristig statt, sondern stellen eine gleichmäßig über den gesamten Beobachtungszeitraum verteilte Entwicklung dar. Während sich dabei im Falle der Gesundheit ein äußerst langsamer Rückgang der ostdeutschen Zufriedenheit feststellen lässt, kommt es bei der Freizeit und der Haushaltstätigkeit in beiden Landesteilen zu einem leichten Anstieg der Werte.

Besonders bemerkenswert ist allerdings der dritte Verlaufstyp. Er tritt bei der Zufriedenheit mit Waren und Dienstleistungen und der Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt auf und zeichnet sich gleich durch mehrere Besonderheiten aus: Zunächst findet sich in Ostdeutschland 1990 mit Werten von 3,1 bzw. 3,0 in beiden Fällen ein ausgesprochen niedriges Ausgangsniveau. Allerdings kommt es im Anschluss an die Vereinigung in beiden Fällen nicht zu einem temporären Rückgang wie bei den Zufriedenheiten in den oben unter der Überschrift des ‚materiellen Wohlstandes‘ zusammengefassten Bereichen. Stattdessen steigt die Zufriedenheit in beiden Bereichen in der ersten Hälfte der 90er Jahre rapide an. Bei den Waren und Dienstleistungen findet dieser Anstieg innerhalb nur eines Jahres zwischen 1990 und 1991 statt, während sich die Phase des stärksten Zufriedenheitsanstiegs im

Falle des Umweltzustandes bis ca. 1994 erstreckt¹. Zwar finden im Beobachtungszeitraum auch im Westen deutliche Veränderungen statt, im Falle der Zufriedenheit mit den Waren und Dienstleistungen ein Rückgang um 0,5 und im Falle des Umweltzustandes ein Anstieg von 0,4 Skalenpunkten, aber dennoch wird das Gesamtbild eindeutig durch den starken Anstieg der Zufriedenheit der Ostdeutschen geprägt.

Gegen Ende der 1990er Jahre ist es dann insbesondere bei der Zufriedenheit mit Waren und Dienstleistungen zu einer Stabilisierung sowohl des Zufriedenheitsniveaus wie auch der Ost-West-Unterschiede gekommen. Auch bei der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand hat sich der Abstand zwischen den beiden Landesteilen stabilisiert. Allerdings ist es in diesem Fall zunächst zu einem Anstieg und im Jahr 2000 wieder zu einem Rückgang des Zufriedenheitsniveaus gekommen, der in Ost wie in Westdeutschland parallel verlief.

In beiden Fällen gilt, dass der steile Anstieg der Zufriedenheit in Ostdeutschland mit deutlichen Verbesserungen der objektiven Verhältnisse in den jeweiligen Bereichen einhergeht². Dabei spiegelt der Verlauf des Zufriedenheitsanstiegs auch das Tempo der tatsächlich stattfindenden Verbesserungen wider: Das ostdeut-

sche Warenangebot verbesserte sich Anfang der 90er Jahre unter anderem durch die weitgehende Privatisierung des staatlichen Einzelhandels sehr schnell. Im Falle des Umweltschutzes setzten in Ostdeutschland wirkungsvolle Schutzmaßnahmen, strengere Vorschriften und ein deutlicher Rückgang der Schadstoffemissionen erst mit der politischen Wende und der deutschen Vereinigung ein (vgl. z.B. Kramer 1994). Zudem dürften auch problematische Entwicklungen wie der Rückgang der industriellen Produktion in den neuen Ländern und der Konkurs zahlreicher Unternehmen einen Einfluss auf die Entwicklung des Umweltzustandes gehabt haben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in allen hier dargestellten Lebensbereichen weiterhin mehr oder weniger deutliche Zufriedenheitsunterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern existieren. Betrachtet man allerdings die langfristige Entwicklung in den einzelnen Bereichen, so ist es während der 1990er Jahre zu einer Annäherung der ostdeutschen an die westdeutschen Werte gekommen. Der Verlauf dieser Annäherung allerdings war in den einzelnen Lebensbereichen durchaus verschieden. Während die Zufriedenheitsunterschiede in den eher auf die privaten Lebensumstände bezogenen Bereichen von Anfang an relativ gering waren und es hier auch

zu keinen dramatischen Veränderungen gekommen ist, zeigt sich in den eher auf die materiellen Lebensbedingungen ausgerichteten Bereichen ein anderer Verlauf. Hier kam es nach einem anfänglichen Zufriedenheitsrückgang im Osten zu einer Annäherung, die zumindest teilweise auch von einer geringer werdenden Zufriedenheit der Westdeutschen getragen wurde und schließlich in einer zumindest vorläufigen Stabilisierung der verbleibenden Differenzen mündet. Die deutlichste Annäherung der Zufriedenheit zeigt sich jedoch in denjenigen Lebensbereichen, die wie das Warenangebot oder der Umweltschutz einerseits zum Zeitpunkt der Vereinigung klar als Problembereiche identifiziert werden konnten und in denen es andererseits seitdem zu deutlichen Verbesserungen der objektiven Situation gekommen ist. Besonders interessant ist hier die Diskrepanz zwischen der Momentaufnahme und der Verlaufsbeurteilung: Zwar weisen diese beiden Lebensbereiche nach dem Haushaltseinkommen mit die deutlichsten Ost-West-Differenzen auf, doch aus der Verlaufs-perspektive ist der Angleichungsprozess in beiden Bereichen am deutlichsten durch eine Annäherung der ostdeutschen Zufriedenheit an das westdeutsche Niveau geprägt.

1 Da es sich bei der Befragung von 1990 um die erste auch in Ostdeutschland erhobene Welle des Soziökonomischen Panels handelt, ist es möglich, dass ein Teil der hier festgestellten Veränderungen zwischen 1990 und 1991 auf den sogenannten Panel Bias zurückzuführen ist, also die Tatsache, dass sich die Antworten der Befragten z.B. aufgrund von Gewöhnungseffekten in der

zweiten und in späteren Panelwellen von denen unterscheiden, die sie in der ersten Welle gegeben haben. Aufgrund des doch recht starken Anstiegs der Werte und im Fall des Umweltzustandes auch aufgrund der Tatsache, dass es sich hier um eine längerfristige Entwicklung handelt, scheint es jedoch unwahrscheinlich, dass ein eventueller Panel Bias als einzige oder auch nur als hauptsächliche Begründung der beobachteten Entwicklung dienen könnte.

2 Bemerkenswert ist hierbei jedoch, dass sich eine solche Verbesserung der objektiven Situation nicht in jedem Fall in einem entsprechenden Zufriedenheitsanstieg äußert. So hat sich z.B. das auf Basis der SOEP-Daten berechnete, durchschnittliche (nach der alten OECD-Skala) bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2000 von DM 935,- auf DM 1825,- nahezu verdoppelt. In Relation zu den entsprechenden westdeutschen Werten bedeutet dies immerhin noch eine Verbesserung von 53,6% auf 81,4% des dortigen Durchschnittseinkommens. Trotzdem ist es im Osten nicht zu einem vergleichbaren Anstieg der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen gekommen. Zwar dürfte ein Teil der positiven Einkommensentwicklung in Ostdeutschland sicherlich durch die gleichzeitig gestiegenen Lebenshaltungskosten relativiert werden, der zentrale Grund für die ungünstige Entwicklung der Einkommenszufriedenheit dürfte jedoch darin zu suchen sein, dass die Ostdeutschen bei der Bewertung ihres Einkommens dazu tendieren, das westdeutsche Niveau als Vergleichsmaßstab anzusetzen. Deshalb

bleiben die tatsächlichen Einkommenssteigerungen hinter ihrem subjektiven Anspruchsniveau zurück.

- Habich, Roland, Noll, Heinz-Herbert, Zapf, Wolfgang, 1999: Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau. Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 22: 1-6.
- Kramer, Caroline, 1994: Verbesserungen der Umwelt im Osten – doch für die Bürger gibt es zur Zeit Wichtiges. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 12: 10-14.
- Mau, Steffen, Zapf, Wolfgang, 1998: Zwischen Schock und Anpassung. Ostdeutsche Familienbildung im Übergang. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 20: 1-4.
- Noll, Heinz-Herbert, 1994: Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland. Indikatoren zur "subjektiven Lage der Nation". Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 11: 1-7.
- SOEP Group, 2001: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Elke Holst, Dean R. Lillard and Thomas A. DiPrete (Hg.): Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000), Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung Vol. 70, No. 1: 7-14.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**
0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

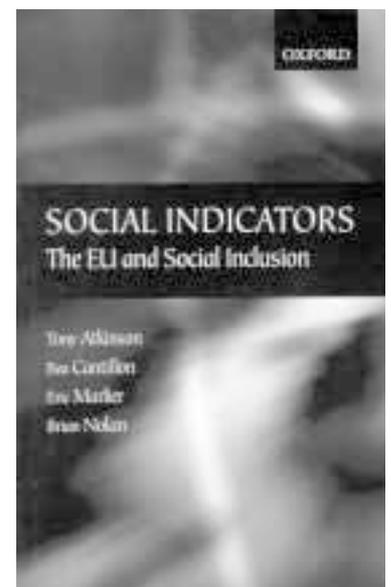
Social Indicators – The EU and Social Inclusion

Ein neuer Beitrag zur europäischen Indikatorendiskussion

Soziale Indikatoren haben in den vergangenen Jahren als Instrument des ‚policy making‘ vor allem auf der europäischen Bühne große Aufmerksamkeit und Bedeutung erlangt. In diesem Kontext hat der Anfang des Jahres erschienene und von dem Autorenteam Tony Atkinson, Bea Cantillon, Eric Marlier und Brian Nolan verfasste Band „Social Indicators – The EU and Social Inclusion“ schon jetzt zu Recht beachtliche Aufmerksamkeit gefunden. Der Band – gelegentlich auch als ‚Atkinson-Report‘ bezeichnet – ist das Ergebnis einer Studie, die von der belgischen Regierung im Rahmen ihrer EU-Präsidentschaft in Auftrag gegeben und im September des vergangenen Jahres auf einer großen internationalen Konferenz in Antwerpen vorgestellt und diskutiert wur-

de. Wie der Sozialminister Frank Vandebroucke in seinem Vorwort betont, war es ein Anliegen der belgischen Präsidentschaft, einen Beitrag zur Etablierung von gemeinsam vereinbarten sozialen Indikatoren zu leisten und damit vor allem auch auf die neue Rolle zu reagieren, die das Gipfeltreffen von Lissabon der europäischen Sozialpolitik mit der Betonung von Zielen wie sozialer Kohäsion und sozialer Inklusion zugeschrieben hatte.

Der vorliegende Band und die Bedeutung von sozialen Indikatoren in der europäischen Politik stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der sogenannten „offenen Methode der Koordinierung“ als einem speziellen Instrument zur Abstimmung der Sozialpolitik in



der Union. Deren Verabschiedung auf dem Gipfel von Nizza hatte nach Einschätzung der Autoren des vorliegenden Bandes eine „express role of social indicators“ (S. 5) zur Folge. Die offene Methode der Koordinierung,

die zu einer größeren Konvergenz der Lebensbedingungen und Sozialsysteme innerhalb der Europäischen Union beitragen soll, beinhaltet die Definition gemeinsamer Ziele, überlässt es aber den Mitgliedsstaaten, geeignete Politiken zur Erreichung dieser Ziele zu konzipieren. Dabei wird allerdings verlangt, über die getroffenen Maßnahmen und die Zielerreichung im Rahmen von nationalen Aktionsplänen und Berichten regelmäßig zu informieren. Neben den gemeinsam definierten Zielen soll auch eine Einigung über die Indikatoren hergestellt werden, auf die sich das Monitoring der Zielerreichung stützen soll und die zudem für "benchmarking"-Zwecke und die Ermittlung von "best practices" oder "standards of excellence" Verwendung finden können.

In diesem Rahmen sollte der Atkinson-Report wohl in erster Linie Anstöße geben und einen wissenschaftlichen Input – vielleicht auch Legitimation – für die Arbeit der offiziellen Gremien, wie z.B. der "Subgroup Indicators" des Social Protection Committee, liefern. Die Autoren selbst sehen den Zweck ihrer Studie darin, "to make a scientific contribution to the development of social indicators as part of the social agenda in the European Union. It assesses the strengths and weaknesses of different indicators relevant to social inclusion in Europe, and their usefulness in promoting good practice by member state governments and allowing comparable assessment of social outcomes" (S. 1).

Der Band umfasst insgesamt neun Kapitel. Das erste Kapitel "Setting the Scene" legt dar, wie sich die Studie in andere Aktivitäten der Indikatorenforschung einordnet, gibt einen groben Abriss der europäischen Sozialpolitik und erläutert die sozialpolitische Bedeutung des Gipfels von Lissabon sowie den sogenannten Post-Lisbon-Process im Zusammenhang mit der Verfolgung der Ziele der sozialen Inklusion und Kohäsion. Das zweite Kapitel diskutiert Prinzipien der Indikatorkonstruktion sowie spezifische Eigenschaften von politikrelevanten Sozialindikatoren und erörtert die diesbezüglich relevanten Datengrundlagen und -erfordernisse.

Das dritte Kapitel mit dem Titel "Social Indicators from a Member State Perspective" will die auf der nationalen Ebene vorhandenen Sozialindikatoren-Ansätze und Aktivitäten der Sozialberichterstattung für die einzelnen Mitgliedsländer darstellen. Das Ergebnis bleibt allerdings unbefriedigend und fällt deutlich hinter andere Übersichten zu dieser Thematik zurück: Die Darstellung für die einzelnen Länder unterscheidet sich nicht nur erheblich in Umfang und Qualität, sondern ist für viele Länder – darunter auch Deutschland – leider sehr unvollständig und selektiv.

Kapitel 4 – überschrieben mit "Portfolio of Indicators as a Whole" – entwickelt Vorschläge zur Struktur einer Auswahl von Indikatoren, der Präsentation von Indikatoren und ihrer Disaggregation nach verschie-

denen Merkmalen. Bemerkenswert ist hier insbesondere der Vorschlag, verschiedene Ebenen von Indikatoren zu unterscheiden: Die oberste Ebene bilden eine eng begrenzte Anzahl von 'lead indicators'; Indikatoren der zweiten Ebene haben die Funktion, dazu ergänzende Informationen in größerer Detailliertheit bereitzustellen, während Indikatoren der dritten Ebene länderspezifisch definiert und verwendet werden sollen und keinem allgemeinen Konsens unterliegen. So überzeugend und nützlich eine derartige abgestufte Indikatorenauswahl auf den ersten Blick auch erscheinen mag, so berechtigt sind auf der anderen Seite doch auch die Zweifel gegenüber den Möglichkeiten, eine wissenschaftlich begründete Auswahl von 'lead indicators' vorzunehmen, denen anscheinend ein besonderes und gegenüber den Indikatoren der unteren Ebenen überlegenes Informationspotential zugeschrieben wird. Man muss wohl befürchten, dass die Unterscheidung von Indikatoren der 1. und 2. Ebene zu einem erheblichen Grad artifiziell bleiben wird.

In den anschließenden Kapiteln 5, 6, 7 und 8 geht es darum, einzelne Indikatoren für die Themenbereiche "Financial Poverty", "Depth of Poverty and Income Inequality", "Education, Employment, and Unemployment" sowie "Health, Housing, and Wider Dimensions" mehr oder weniger ausführlich zu diskutieren. Diese Diskussion der Konstruktion und Aussagekraft der im Einzelnen vorgeschlagenen Indikatoren ist zweifellos informativ, nicht zuletzt auch für Nicht-Experten aus dem Bereich der Praxis und Politik. Daten zu den vorgeschlagenen Indikatoren werden allerdings nicht vorgelegt. Die Überlegungen und Schlussfolgerungen der Kapitel 1 bis 8 werden in insgesamt 33 Empfehlungen zusammengefasst, die auch den Kern des "executive summary" bilden. Das abschließende Kapitel 9 "Coordination at the European Union Level" erörtert die Möglichkeiten und Prozesse "by which these indicators can influence the development of the social agenda".

Das vielleicht größte Manko dieser Veröffentlichung liegt in der pragmatischen Herangehensweise. Es fehlt eine klare Bestimmung und Abgrenzung dessen, was mit dem vorgeschlagenen Set von Indikatoren eigentlich gemessen werden soll. Ist es "soziale Inklusion", wie der Titel verspricht, oder ist der Anspruch breiter und umfasst, wie an anderen Stellen angedeutet, "social progress", "social development" oder "social quality" im Allgemeinen? Auch wenn sich der Anspruch auf die Messung und Beobachtung von "social inclusion" beschränken sollte, stellt sich die Frage, was darunter im Einzelnen zu verstehen ist. Ist soziale Inklusion bloß das Gegenteil von sozialer Exklusion, oder ist das Konzept breiter und beinhaltet darüber hinausgehende Aspekte der Qualität der Gesellschaft? Solange diese Fragen offen bleiben, fällt es schwer – und darin liegt womöglich die zentrale Schwäche des

Reports – die Vollständigkeit und Repräsentativität, aber auch die Passung und Plausibilität der vorgeschlagenen Indikatorenauswahl angemessen zu beurteilen.

Was man in dieser explizit auf den politischen Gebrauch von Indikatoren bezogenen Publikation zudem leider auch vermisst, ist eine kritische Reflektion der Rolle, die Indikatoren in den komplexen Prozessen des europäischen policy making spielen können: Was sind ihre spezifischen Informationspotentiale, Funktionen und Stärken und wo liegen die Grenzen und Gefahren der Verwendung von Indikatoren in der politischen Praxis? Mit dem Verzicht auf derartige Erörterungen wird einer derzeit auf der politischen Ebene vorherrschenden hohen, aber möglicherweise auch überzogenen Erwartungshaltung Vorschub geleistet, die mittel- und längerfristig zu Enttäuschungen führen könnte.

Trotz der hier vorgebrachten kritischen Sicht gegenüber verschiedenen Punkten ist der Band – wie bei diesem Autorenteam nicht anders zu erwarten – vorzüglich geschrieben und zweifellos mit Gewinn zu lesen. Der Report verspricht, die begonnenen Diskussionen über die Notwendigkeit der Entwicklung von europäischen Sozialindikatoren voranzubringen und darüber hinaus vielleicht sogar die dringliche Debatte über deren spezifische Funktion innerhalb des politischen Prozesses anzustoßen.

Atkinson, Tony; Cantillon, Bea; Marlier, Eric und Nolan, Brian: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford, New York: Oxford University Press. 2002. ISBN: 0-19-925349-8. Preis: £ 18.99 (paperback).

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-241
noll@zuma-mannheim.de

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren/>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Bernhard Christoph

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

31. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Entstaatlichung und Soziale Sicherheit

Leipzig 7.-11. Oktober 2002

Veranstaltung der Sektion Sozialindikatoren zum Thema:

„Sicherheit im Wandel: objektive Risiken
und subjektive Wahrnehmungen und
Bewertungen“

Dienstag, 8. Oktober, 14.15 bis 17.00 Uhr

Organisation und Diskussionsleitung Heinz-Herbert Noll (ZUMA,
Mannheim)

U. Dallinger (*Jena*): Die Akzeptanz der sozialstaatlichen Alterssicherung

B. Christoph (*Mannheim*): Soziale Sicherheit im Krankheitsfall – Objektive Charakteristika und subjektive Einstellungen zur Gesundheit von Personen mit zusätzlicher privater Absicherung gegen Gesundheitsrisiken

S. Weick (*Mannheim*): Pflegebedürftige Personen im Haushalt: Objektive Situation und subjektive Bewertungen

J. Schwarze, M. Härpfer (*Bamberg*): Vermindert Einkommensungleichheit die individuelle Wohlfahrt und welchen Einfluss hat staatliche Umverteilungspolitik?

M. Garhammer (*Bamberg*): Risiken im Erwerbsverlauf und Wahrnehmung von Unsicherheit

M. Grotheer, O. Struck (*Jena*): Betriebliche Beschäftigungssicherheit – Ursachen und Folgen

J. Schupp (*Berlin*): Entwicklung der Kriminalität in Deutschland – Sinkende Besorgnis in Deutschland?

Im Anschluss an diese Veranstaltung findet die Mitgliederversammlung der Sektion Sozialindikatoren statt.

Gemeinsame Veranstaltung der Sektion Sozialindikatoren und der Sektion Alter(n) und Gesellschaft zum Thema:

„Sicherheit und Lebensqualität im Alter:
Vom Staat zu Markt und individueller
Verantwortung?“

Mittwoch, 9. Oktober 14.15 bis 17.00 Uhr

Organisation und Diskussionsleitung Gertrud Backes (Universität GH Kassel) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim)

J. Vogel (*Stockholm*): Welfare Regimes and Ageing: Economic Security in a Comparative and Longitudinal Perspective

F. Höpflinger (*Zürich*): Wandel des Alters und neue Perspektiven der Alterssicherung

A. Motel-Klingebiel, C. Tesch-Römer, H.-J. v. Kondratowitz (*Berlin*): Lebensqualität im Alter zwischen Familie und Wohlfahrtsstaat – eine gesellschaftsvergleichende Perspektive

P. Böhnke, T. Lampert (*Berlin*): Ungleiche Lebensqualität im Alter – Zum Zusammenhang von Armut, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe

R. Berger-Schmitt (*Mannheim*): Betreuung und Pflege alter Menschen in den Ländern der Europäischen Union – Perspektiven zur Rolle familialer Netzwerke

R. Paquet (*Berlin*): Gesundheit und Pflege für eine alternde Bevölkerung – Versorgungssysteme und Krankenversicherung in Deutschland stehen vor einem fundamentalen Wandel

H. Künemund (*Berlin*): Risiken der Entstaatlichung in der ergrauten Gesellschaft – Zum Verhältnis von sozialstaatlichen Leistungen und Familienbeziehungen im Alter

Dr. Heinz-Herbert Noll, Sprecher der Sektion Sozialindikatoren; ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621/1246-241; e-mail: noll@zuma-mannheim.de; www.gesis.org/Sozialindikatoren/Sektion_Sozialindikatoren/index.htm

Prof. Dr. Gertrud M. Backes, Sprecherin der Sektion Alter(n); Universität GH Kassel, FB 04, Arnold-Bode-Str. 10, 34109 Kassel; Tel.: 0561/804-2981/2930; e-mail: gertrud.backes@uni-kassel.de; www.sektion-altern.de